



Stiftung
Westfälisches
Wirtschaftsarchiv
Dortmund (Hg.)

Band 1

Migration im Ruhrbergbau

Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen

für die historisch-politische Bildung in Westfalen

 **Aschendorff**
Verlag

Gefördert von



Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wirtschaftliche Gesellschaft
für Westfalen und Lippe e.V.

In Kooperation mit



Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen für die historisch-politische Bildung in Westfalen,
herausgegeben von Karl-Peter Ellerbrock

© Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv
Märkische Straße 120
44141 Dortmund

Umschlagbild: Türkische Arbeiter im Untertagebau, 1985
© Foto: Guenay Ulutuncok/DOMiD

ISBN 978-3-402-13219-7
DOI <https://doi.org/10.17438/978-3-402-21810-5>



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>. To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use, further permission is required. Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2016/2020 Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv. A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund (Hg.)

Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen

für die historisch-politische Bildung in Westfalen

Band 1 Migration im Ruhrbergbau

bearbeitet von Karl Lauschke, Katja Schlecking und Johannah Weber

INHALT

Grußwort	4
Editorial	5
Arbeiten im Westfälischen Wirtschaftsarchiv	6
Migration im Ruhrbergbau	23
Das Thema im Unterricht der Sekundarstufen I und II: Methodisch-didaktische Anregungen und die Arbeit mit den Quellen	28
Die Lebenswelt polnischer Migranten im Ruhrgebiet. Zwischen Einwandern und Heimisch werden	28
Die Ruhrpolen im Bergbau. Querschnitte durch Arbeits- und Lebensalltag	31
Die Gastarbeiter im Ruhrbergbau. Multiperspektivische Betrachtungen des (Arbeits-)Alltags	35
Zwangsmigration im Ruhrbergbau im 20. Jahrhundert. Das Lager auf der Zeche Gneisenau	51
Exkurs: Vorschläge für Facharbeits- und Projektthemen	56
Die Unterbringung von Migranten im Vergleich. Wohnanstalten, Lager, Zechenhäuser	56

Grußwort

Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Schülerinnen und Schüler,

der Steinkohlenbergbau hat die Landschaft des Ruhrgebietes sichtbar und nachhaltig geprägt.

In den vergangenen 150 Jahren hat der Steinkohlenbergbau auf den zahlreichen Schachtanlagen dazu geführt, dass die Tagsoberfläche zum Teil um mehr als 20 Meter abgesenkt wurde. Auf der anderen Seite wurden Bergehalden aufgeschüttet, die weithin sichtbar mit ihren unterschiedlichen Landmarken (z. B. das Tetraeder in Bottrop) als beliebte Ausflugsziele dienen.

Der Steinkohlenbergbau hat aber auch die Menschen und ihr Zusammenleben in dieser Region geprägt. Von Beginn an haben Zuwanderer, zunächst aus Polen und später aus anderen Ländern, im Bergbau eine neue Arbeit und im Ruhrgebiet eine neue Heimat gefunden. Einheimische und Migranten wirkten über und unter Tage verlässlich zusam-

men. Bergbau und Migration sind deshalb untrennbar mit dem Ruhrgebiet verbunden. Dem Bergbau ist eine große Integrationsleistung gelungen, an die es heute wieder anzuknüpfen gilt.

Die RAG-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Bildungsangebote an Ruhr und Saar zu fördern, die im Zusammenhang mit dem Steinkohlenbergbau stehen. Es ist uns besonders wichtig, dass die Errungenschaften des Bergbaus und die Leistungen der Bergleute nicht in Vergessenheit geraten, auch wenn ab 2019 keine Steinkohle mehr in Deutschland gefördert wird. Aus diesem Grund freut es mich persönlich sehr, dass mit Unterstützung des Schulministeriums NRW das vorliegende Arbeitsheft entstanden ist. Die Entwicklung dieses Heftes haben wir sehr gerne gefördert und ich hoffe, dass die Geschichte des Steinkohlenbergbaus weitergetragen wird.

Mit einem herzlichen Glückauf

Bärbel Bergerhoff-Wodopia
Vorstandsmitglied der RAG-Stiftung

Im Jahr 2010 hat das Westfälische Wirtschaftsarchiv (WWA) begonnen, sich systematisch mit archivdidaktischen Themen zu beschäftigen, um im Rahmen seines historisch politischen Bildungsauftrags neben Studenten auch Schüler als Zielgruppe zu erreichen. Als Beitrag zur kulturellen Bildung sollen schon Schülerinnen und Schüler mit Archiven vertraut gemacht und bestehende Hemmschwellen gegenüber Archivbesuchen abgebaut werden. Andererseits soll durch die identitätsstiftende Beschäftigung mit der Wirtschaftsgeschichte „vor Ort“ die Vermittlung von Wirtschaftswissen im Schulalltag verankert werden, denn ohne wirtschaftliche Grundkenntnisse ist unsere moderne Welt kaum mehr erklärbar und zu verstehen. Wir danken der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e.V., die unser Engagement großzügig fördert.

Am Anfang stand eine viertägige Lehrerfortbildung zum Thema „Strukturwandel in Dortmund und im östlichen Ruhrgebiet“, die in Kooperation mit der Bezirksregierung Arnsberg und der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund durchgeführt wurde. Rund 60 Lehrerinnen und Lehrer der gymnasialen Oberstufe von Schulen aus dem Großraum Dortmund sowie aus Bochum, Hagen und Arnsberg wurden darin geschult, Archivquellen systematisch als Unterrichtsmaterial zu nutzen. Konkretes Ziel der Fortbildung war es, die Lehrer mit Anregungen und beispielhaften Materialien für einen ganzjährigen Projektkurs zum Thema Strukturwandel auszustatten. Ebenfalls in Kooperation mit der Bezirksregierung Arnsberg folgte 2014 eine zweite, ebenfalls mehrtägige Fortbildungsmaßnahme für mehr als 30 Lehrkräfte an Gymnasien der Sekundarstufe II unter

dem Titel „Echte Geschichte – Wirtschaftsgeschichte vor Ort“.

Im Rahmen der Initiative „Bildungspartner NRW“ der Landesregierung ist das WWA bislang drei institutionalisierte Bildungspartnerschaften mit Dortmunder Gymnasien eingegangen und hat sich zu einem beliebten außerschulischen Lernort entwickelt. Rund 500 Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse und von Leistungskursen kommen so jährlich zu uns und begegnen in unserem Archiv vielfältigen Materialien zur wirtschaftlichen, sozialen und technischen Entwicklung seit der vorindustriellen Zeit und ihrem strukturellen Wandel bis zur Gegenwart.

In Kooperation mit der Medienberatung NRW wurde eine neue Schriftenreihe für den Schulunterricht profiliert, die als Baukastensystem mit regionalen und thematischen Modulen konzipiert ist und Quellen aus den WWA-Beständen für den Schulunterricht in Schulen aufbereitet, die aufgrund der räumlichen Entfernung das Archiv nicht regelmäßig aufsuchen können. Die Themenhefte erscheinen als neue Reihe im Münsteraner Aschendorff-Verlag unter dem Titel „Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen für die historisch-politische Bildung in Westfalen“. Der vorliegende erste Band beschäftigt sich mit der Migration im Ruhrbergbau und konnte mit freundlicher Unterstützung der RAG-Stiftung realisiert werden, der wir für dieses Engagement herzlich danken. Mein Dank gilt natürlich auch den beteiligten Autoren Dr. Katja Schlecking, Johannah Weber und PD Dr. Karl Lauschke sowie der vom NRW-Schulministerium geförderten Initiative Bildungspartner NRW, namentlich Stephanie Widholm und Andreas Weinhold.

Dr. Karl-Peter Ellerbrock
Direktor der Stiftung Westfälisches
Wirtschaftsarchiv

Arbeiten im Westfälischen Wirtschaftsarchiv

Was ist ein Archiv?

Was ist eigentlich ein Archiv, was verwahrt es? Welche Arten von Archiven gibt es? Grundsätzlich kann man Archive so definieren:

Archive sind Einrichtungen, deren Aufgabe die systematische Übernahme, Erfassung, Ordnung, Erschließung und dauerhafte Aufbewahrung von Schrift-, Bild- und Tonträgern sowie von elektronischen Speichermedien ist.

Dabei geht es aber nicht nur darum, die Archivalien in den sog. Magazinen aufzubewahren, sondern vor allem sie auch für die Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Archivalien sind in der Regel Unikate. Dementsprechend wird jeder Archivbestand nur einmal in einem Archiv aufbewahrt. Dies ist auch ein wichtiger Unterschied zur Bibliothek.

Das Archivwesen in Deutschland gliedert sich in verschiedene Sparten:

**Staatsarchive
Kommunale Archive
Wirtschafts- und Unternehmensarchive
Kirchliche Archive
Familien- und Privatarhive
Parlaments-, Partei- und Verbandsarchive
Medienarchive
Hochschularchive und Archive wissenschaftlicher Institutionen**

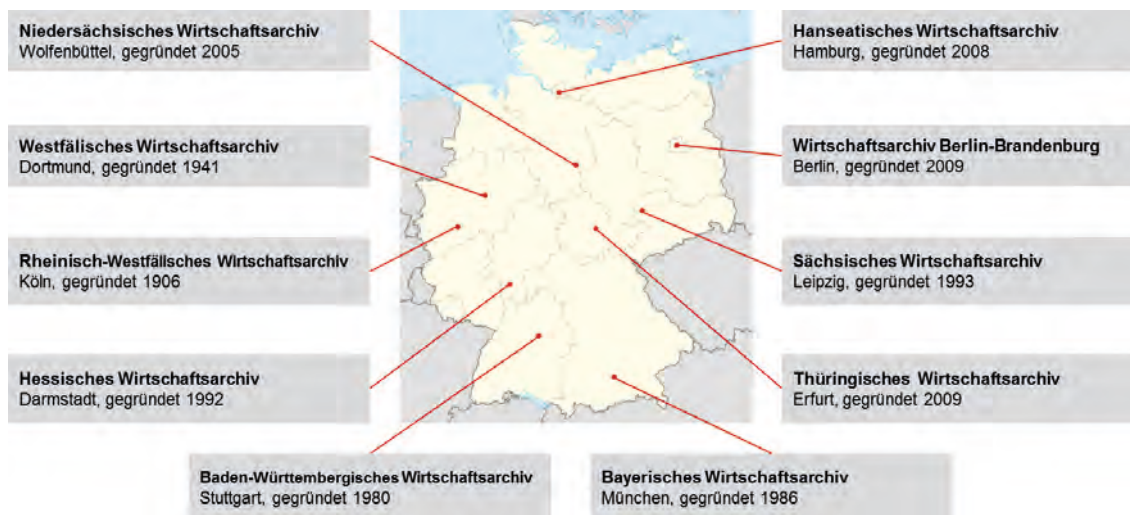
Die Kernbestände der Archive entstehen aus den Abgaben der Einrichtungen, für die sie zuständig sind. Ein Stadtarchiv beispielsweise übernimmt Akten, die bei der Verwaltung der Stadt entstehen, sobald die Akten nicht mehr für den Verwaltungszweck benötigt werden bzw. die gesetzliche Aufbewahrungsfrist erloschen ist.

Regionale Wirtschaftsarchive in Deutschland

Um 1900 wurden erste Forderungen nach der Einrichtung von speziellen Archiven, die das Schriftgut der Wirtschaft verwahren sollten, laut. Sie kamen oft aus der Geschichtswissenschaft, die im Zuge eines Paradigmenwechsels und dem dazugehörigen Ruf „*ad fontes*“ wieder stärker die Arbeit mit den historischen Quellen in den Fokus rückte. Ein Traktat von Armin Tille (1870–1941) aus dem Jahr 1905 empfiehlt die Einrichtung solcher regionalen Wirtschaftsarchive, die unabhängig von staatlichen oder städtischen Archiven sein sollten.

Als erstes Archiv der Wirtschaft wurde im Jahr 1905 das Krupp-Archiv in Essen gegründet. 1907 folgten das Siemens- und das Bayer-Archiv. Im Jahr 1906 wurde dann die Vision von Armin Tille Realität. In Köln wurde das erste regionale Wirtschaftsarchiv gegründet, das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv. Im Zuge der Kriegswirren wurde im Jahr 1941 das Westfälische Wirtschaftsarchiv in Dortmund gegründet. Zunächst sollte in erster Linie das historische Schriftgut des westfälischen Industriegebiets und des märkischen Raums vor den Kriegszerstörungen gerettet werden.

Heute gibt es insgesamt 10 regionale Wirtschaftsarchive. So wurden in den 1980er Jahren das Baden-Württembergische Wirtschaftsarchiv in Stuttgart und das Bayrische Wirtschaftsarchiv in München gegründet. Die jüngsten Gründungen sind das Thüringische Wirtschaftsarchiv und das Wirtschaftsarchiv Berlin-Brandenburg. Alle Wirtschaftsarchive sind institutionell voneinander unabhängig, aber durch eine enge Zusammenarbeit verbunden. Oft sind die Industrie- und Handelskammern als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungseinrichtungen der regionalen Wirtschaft wichtige Initiatoren bei der Gründung von Wirtschaftsarchiven.



Die Aufgaben der Wirtschaftsarchive

Die Wirtschaftsarchive haben mehrere Aufgabenfelder. Ihre hoheitliche Aufgabe ist es, die Akten von den Industrie- und Handelskammern sowie von den Handwerkskammern nach den Vorgaben der jeweiligen Landesarchivgesetze zu archivieren. Andererseits sind die Wirtschaftsarchive Auffangstelle für das Schriftgut von Unternehmen, Verbänden bzw. wirtschaftlichen Vereinigungen und auch für persönliche Nachlässe, z. B. von bedeutenden Persönlichkeiten der Wirtschaft. Wenn ein Unternehmen aufhört zu existieren – sei es durch den Konkurs oder andere Gründe – ist es die Aufgabe der Wirtschaftsarchive, das wertvolle historische Schriftgut zu retten und zu übernehmen. Aber auch von bestehenden Unternehmen werden Archivbestände aufgenommen. Darüber hinaus sind die Wirtschaftsarchive auch im Bereich der Archivpflege tätig. Das WWA verfolgt dabei das Konzept der dezentralen Archivpflege. So werden die Unternehmen vor Ort beim Aufbau eigener Unternehmensarchive beraten und unterstützt. Dabei gilt es besonders, ein Verantwortungsbewusstsein für den Wert der historischen Unterlagen zu schaffen.

Das WWA als das „Gedächtnis“ der regionalen Wirtschaft

Das Westfälische Wirtschaftsarchiv wurde 1941 noch während des Krieges zur Sicherung wertvoller historischer Unterlagen gegründet. Die Gründung ging von der Wirt-

schaftskammer Westfalen Lippe aus. Nach dem Krieg arbeitete das WWA als Abteilung der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. 1969 wurde das WWA selbstständig als Stiftung des privaten Rechts. Das WWA ist die regionale Dokumentationsstelle der westfälischen und lippischen Wirtschaft. Das macht es zum Gedächtnis der regionalen Wirtschaft. Denn die Geschichte Westfalens ist ohne deren Wirtschaftsgeschichte nicht zu denken. Betrachten wir beispielsweise das Ruhrgebiet: Wie könnte man die Geschichte und Entwicklung dieser Region getrennt von Kohle, Stahl und Bier betrachten? Wie könnte die Veränderung der Region und der Strukturwandel verstanden werden? Regionale Geschichte bzw. regionale Wirtschaftsgeschichte ist auch regionale Identität.

Träger des Westfälischen Wirtschaftsarchivs

Die Träger des Westfälischen Wirtschaftsarchivs sind die IHK Dortmund und die sieben anderen Industrie- und Handelskammern in Westfalen und Lippe. Dazu kommen die vier westfälischen Handwerkskammern. Weitere Träger sind der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, das Land NRW, die Stadt Dortmund, der Sparkassenverband Westfalen-Lippe und die nicht zuletzt die Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Die GWWG wurde im Jahr 1951 auf Initiative der Industrie- und Handelskammer Dortmund gegründet. Die Geschichte von WWA und GWWG sind seit jeher untrennbar miteinander verknüpft. Die Gesellschaft unterstützt

die Arbeit des Archivs und setzt sich für die Förderung des Verständnisses für wirtschafts-, sozial- und technikgeschichtlicher Fragestellungen ein. Die Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte vereint über 500 Mitglieder aus ganz Deutschland. Dazu zählen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und auch interessierte Bürger.

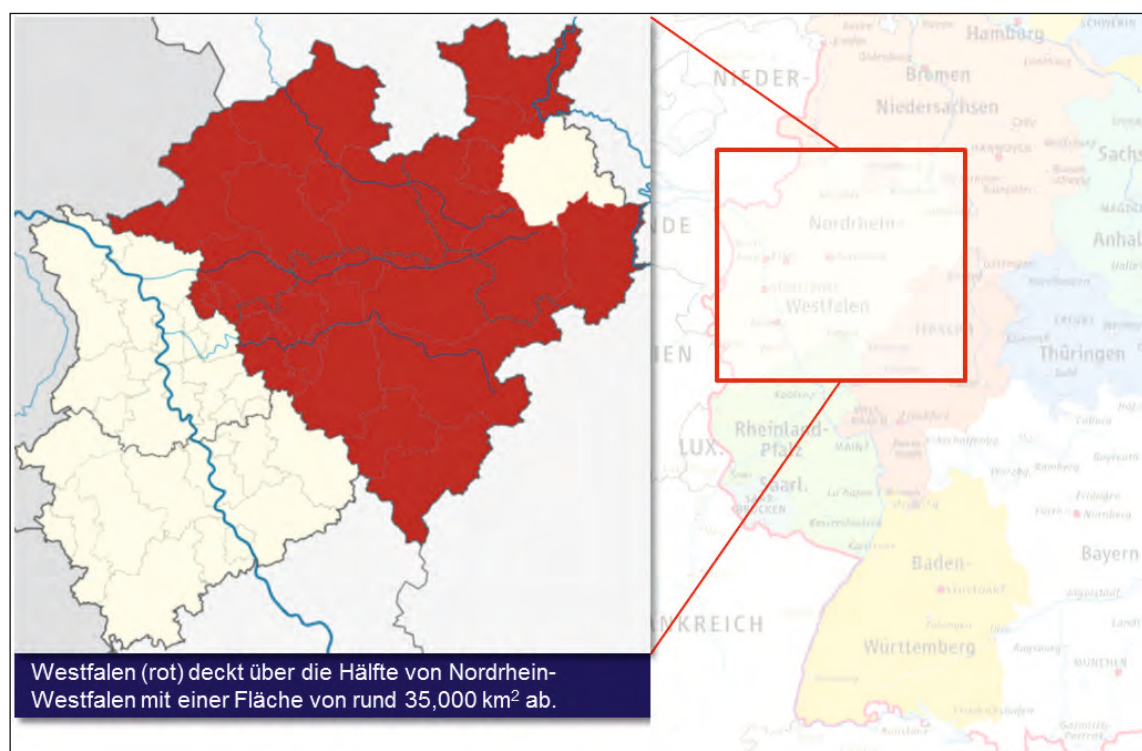
Der Zuständigkeitsbereich des Westfälischen Wirtschaftsarchivs: Westfalen-Lippe

Das WWA hat ein großes Einzugsgebiet. Westfalen deckt ungefähr die Hälfte von NRW ab. Die Gewerbe- und Industriezweige der einzelnen Teilregionen sind dabei keinesfalls homogen. Im westfälischen Ruhrgebiet finden wir die Montanindustrie, in Ostwestfalen schwerpunktmäßig Lebensmittel- und Möbelindustrie, im Sauer- und Siegerland das Metallgewerbe oder im Münsterland die Textilindustrie – jede Region hat ihre Besonderheiten. Dies zeigt, wie vielfältig und unterschiedlich die wirtschaftlichen Strukturen in Westfalen-Lippe waren und sind. In den Beständen des WWA spiegeln sich diese regionalen Wirtschafts-

strukturen und ihre Veränderungen der letzten 300 Jahre wieder.

Bestände und Systematik

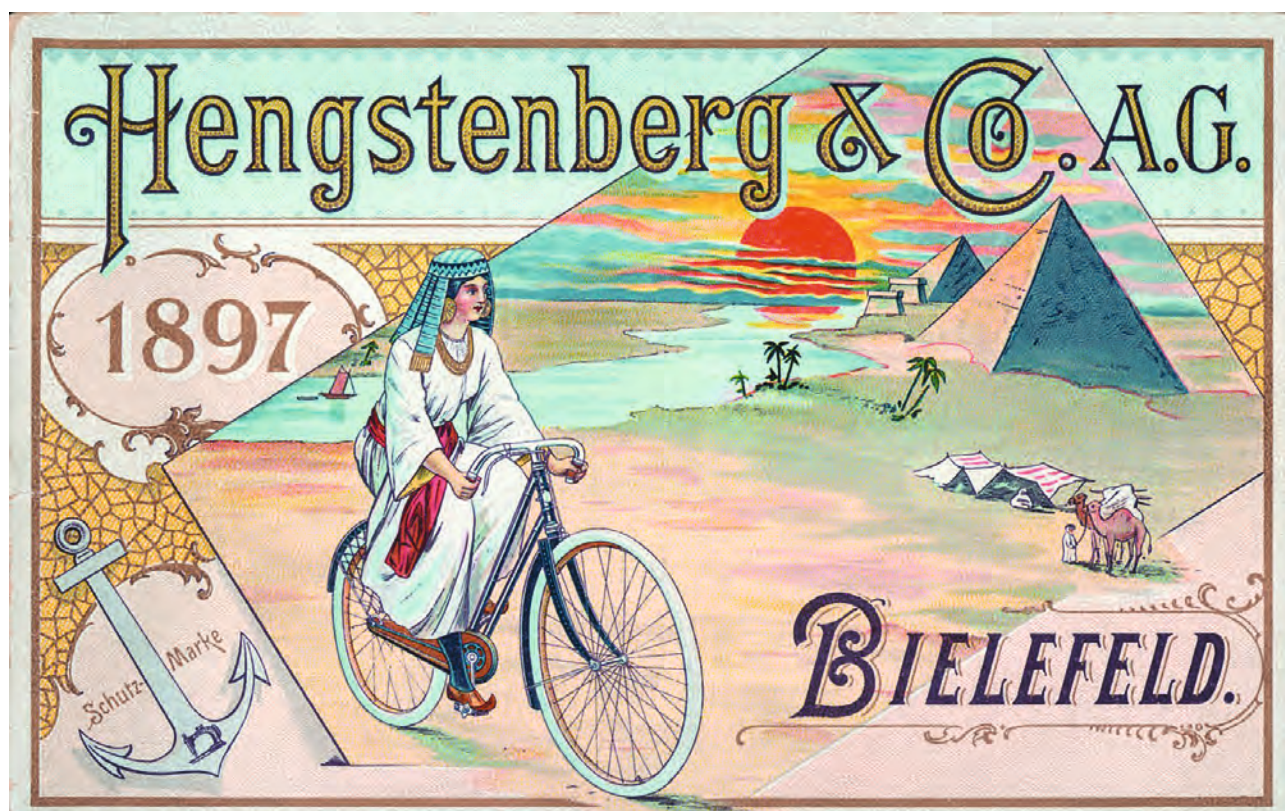
Die Gliederung der Bestände folgte einer Systematik. Unter einem Bestand versteht man eine Gruppe von Unterlagen, die von einer bestimmten Stelle, z. B. von einer Firma, einer Person oder einem Verband in das Archiv gelangen. Diese Systematik nennt man in der archivischen Fachsprache Tektonik. Im Westfälischen Wirtschaftsarchiv gliedern sich die Bestände in 5 Bereiche: Firmen, Kammern, Nachlässe, Sammlungen sowie Vereine und Verbände. Das WWA verwahrt insgesamt knapp 900 Bestände, die auf über 10 Regalkilometer verteilt in drei Magazinen lagern. Es kommen jährlich rund 30 Bestände dazu. Das Archivgut liegt verpackt in säurefreien Kartons und mit Signaturen versehen in den Magazinregalen. Fachgerechte Aufbewahrung ist besonders wichtig, um die empfindlichen Unterlagen lange zu erhalten. Zu den Überlieferungen, die im WWA beherbergt werden, zählen zum Beispiel Geschäftsbücher, Musterbücher, Plakate, historische Wertpapiere, Filme, Fotos oder Akten.

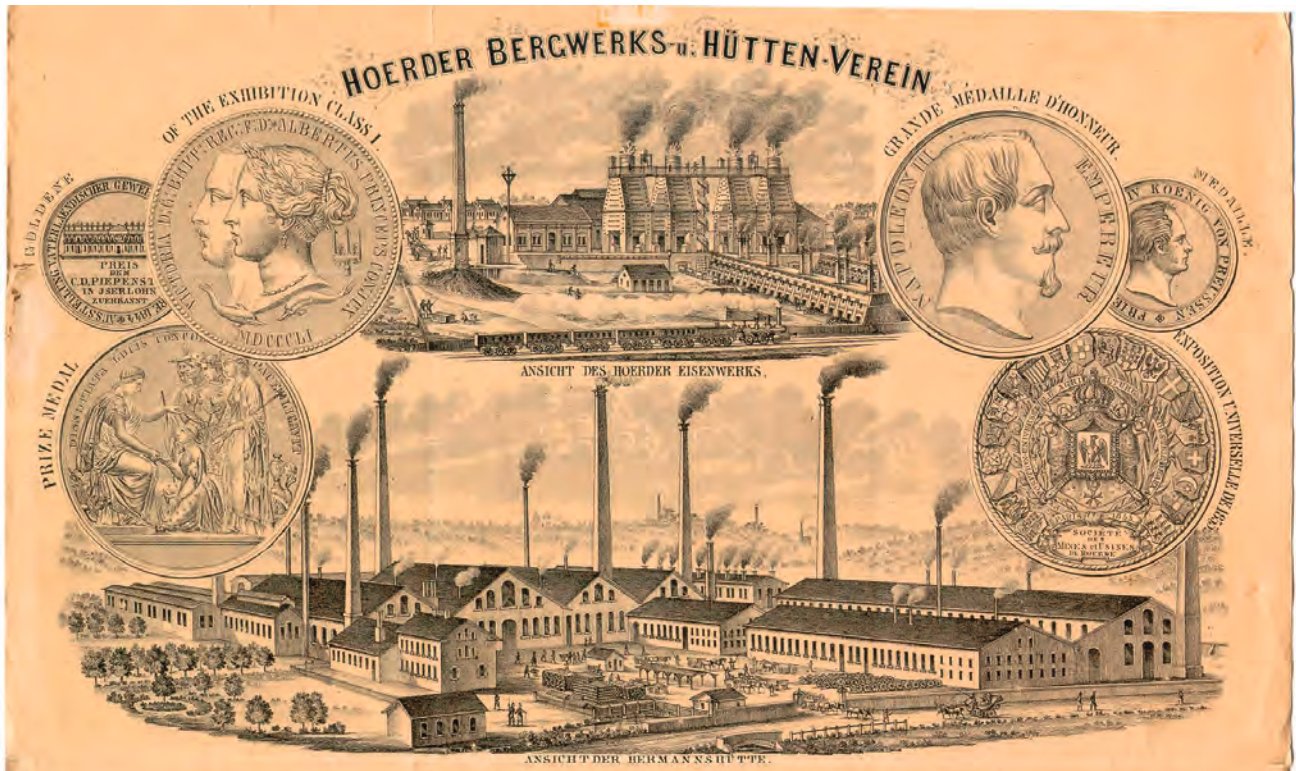


F – Firmen	Ein- und mehrzellige Unternehmensarchive <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 370
K – Kammern	Archive von Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 25
N – Nachlässe	Archivgut von Eigentümerunternehmen, Managern und sonstigen Persönlichkeiten der Wirtschaft <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 185
S – Sammlungen	Sammlungsgut, Ersatz- und Ergänzungsdokumentationen <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 230
V – Vereine und Verbände	und wirtschaftliche Vereinigungen Verbände und Organisationen <i>Anzahl der Bestände:</i> ca. 60

Aus den Beständen des Westfälischen Wirtschaftsarchivs

Fahrräder aus Ostwestfalen-Lippe



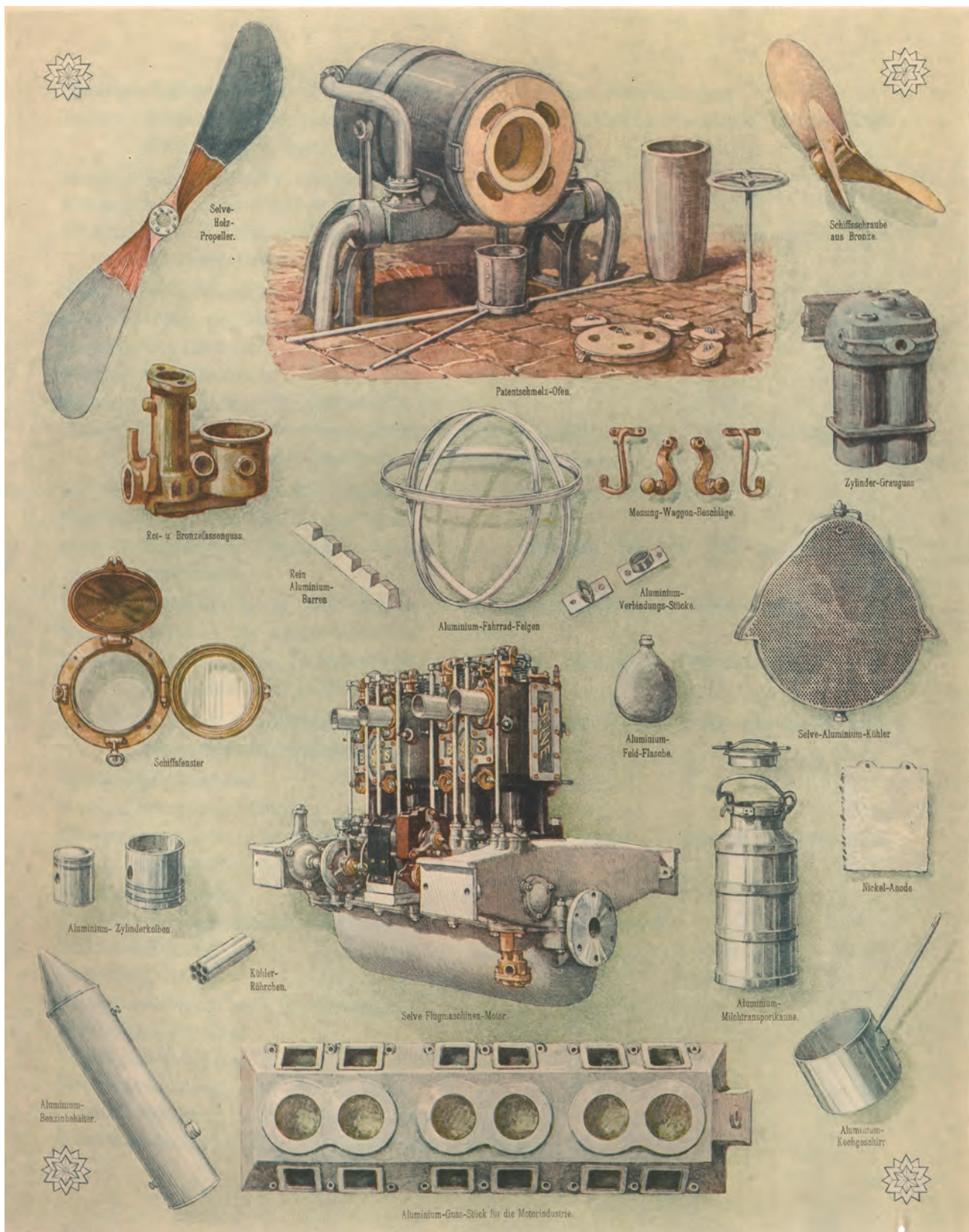


Stahlbau aus Dortmund



Tabak aus Ostwestfalen-Lippe







Stärke- und Lebensmittelindustrie in Ostwestfalen-Lippe





DORTMUND

die deutsche Bierstadt







Radio-herstellung.

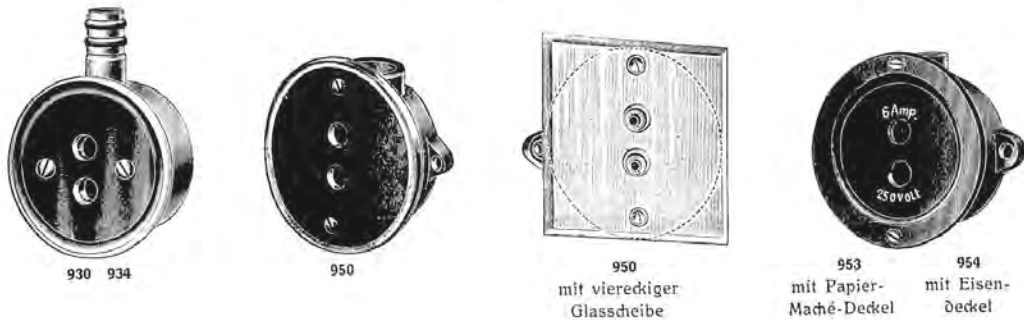
Fa. Gratz K.G.



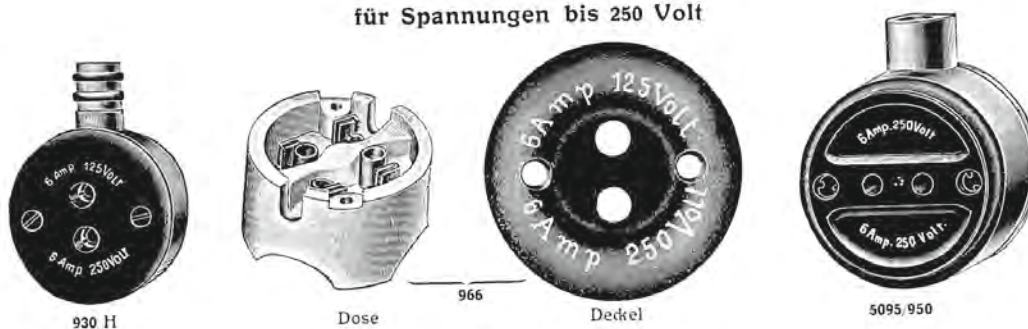
Zweipolig gesicherte Steckanschlüsse
für Spannungen von 125 bis 250 Volt

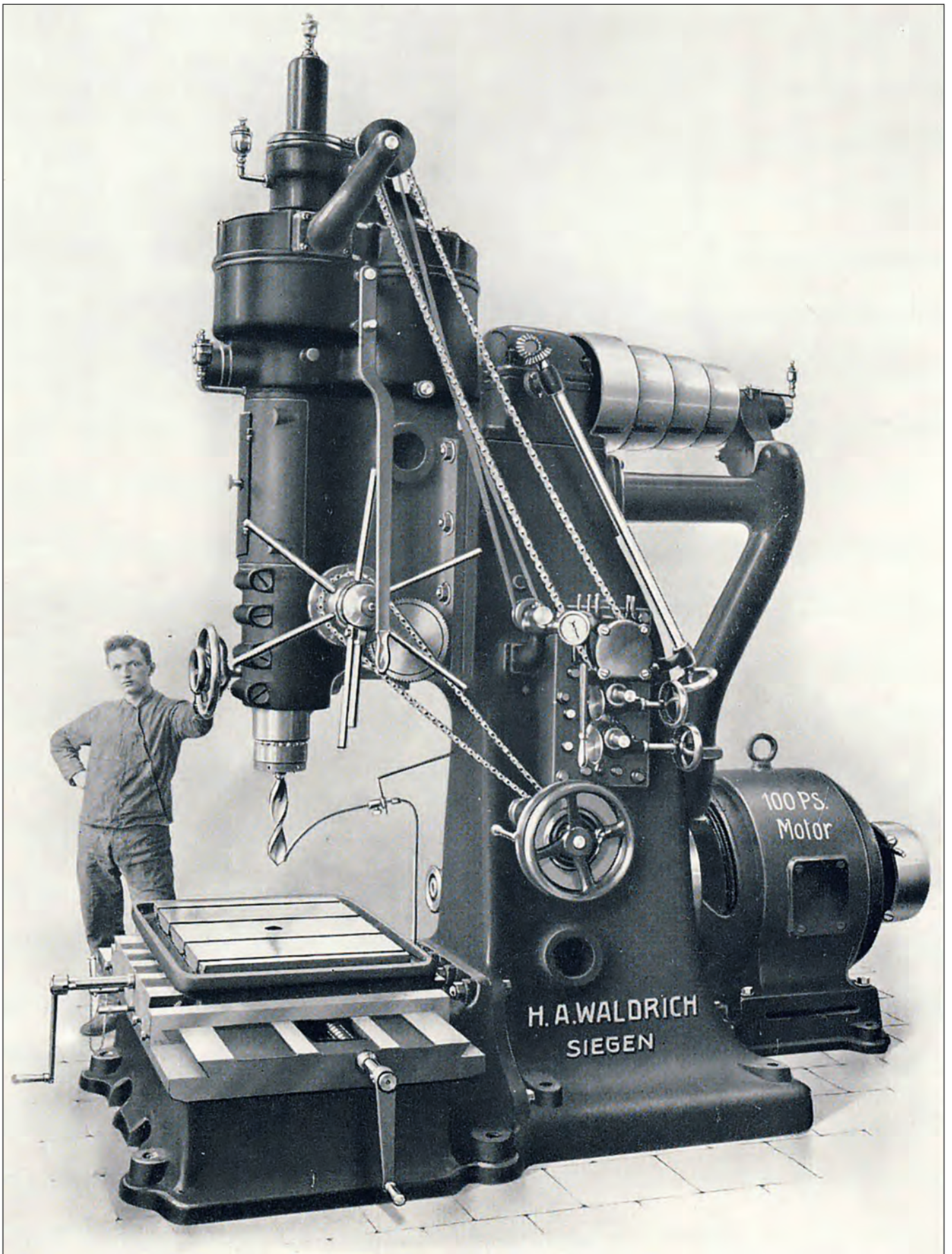


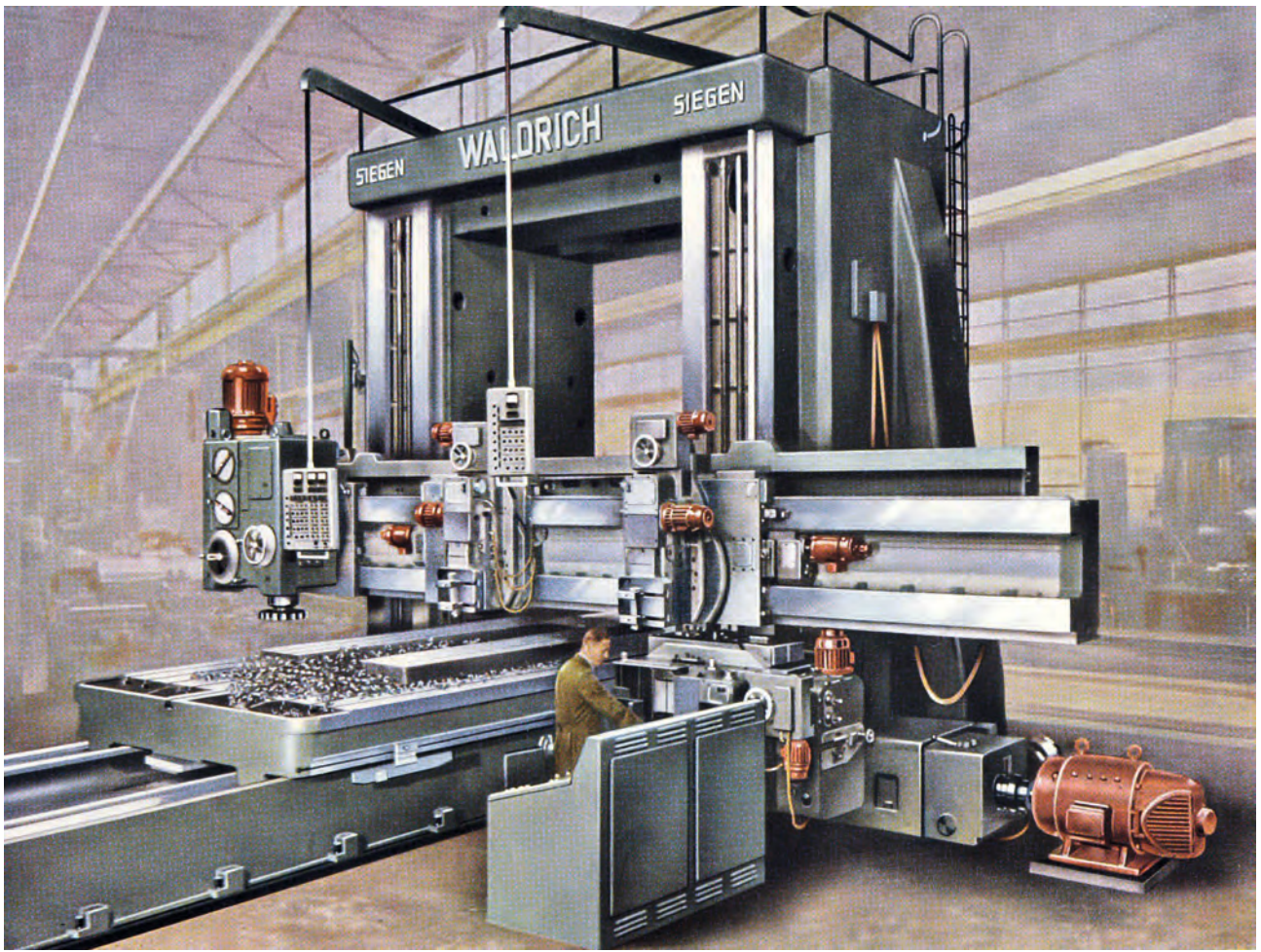
Zweipolig gesicherte Steckanschlüsse
zum Einlassen in Mauerwerk
für Spannungen bis 250 Volt



Zweipolig gesicherte Steckanschlüsse
zum Einlassen in Mauerwerk
für Spannungen bis 250 Volt







Textilindustrie im Münsterland

H. Brinkhaus, Warendorf.

Telegramm - Adresse:
**BRINKHAUS
WARENDORF.**

GIRO - CONTO:
**MÜNSTERISCHE BANK
FILIALE DER
OSNABRÜCKER BANK
MÜNSTER i/w.**

Kr.

MECHANISCHE BUNTWEBEREI, GARN- UND STÜCKFÄRBEREI,
TÜRKISCHROT - GARNFÄRBEREI.

WARENDORF, den 19. Februar 1909.

Fernsprecher:
Nº 26.

GEGRÜNDET
unter
**BRINKHAUS & WIEMANN
1847**

FORTGESETZT
unter
**H. BRINKHAUS
1879.**

Warendorf, den 19. Februar 1909.

Vorbereitung des Archivbesuchs

Es kommen verschiedene Benutzer – das sind Wissenschaftler, Institutionen, Studenten, Schüler oder Heimatforscher – ins Westfälische Wirtschaftsarchiv, um hier für ihr Thema oder ihre Fragestellung zu recherchieren und Unterlagen dazu einzusehen. Ein Besuch im Archiv sollte im Vorfeld gut vorbereitet werden. Die grundlegende Frage vor dem Besuch lautet: Kommen die Archivbestände des WWA für die Bearbeitung meines Themas in Frage? Das kann schon vor dem Archivbesuch recherchiert werden. Hier bietet die Bestände-Übersicht einen Überblick über die in einem Archiv vorhandenen Bestände; diese ist auch im gemeinsamen Internetauftritt aller Archive in Nordrhein-Westfalens (www.archive.nrw.de) unter „Wirtschaftsarchive“ und Westfälisches Wirtschaftsarchiv einsehbar. Hier erhält man eine detaillierte Beschreibung zu den jeweiligen Beständen. Dazu zählen der Hinweis auf die Laufzeit, d. h. aus welcher Zeitspanne die vorhandene Überlieferung stammt, sowie beispielweise bei Firmenbeständen die Nennung des Firmensitzes und der Branche. Es folgt ein kurzer Abriss der Firmengeschichte, der Umfang des Gesamtbestands und letztlich eine inhaltliche Beschreibung, die einen Überblick darüber liefert, welche Unterlagen stärker oder welche gar nicht in dem Bestand zu finden sind. Es empfiehlt sich, zusätzlich zur Online-Recherche telefonisch bzw. vor Ort im Archiv zu seiner Fragestellung eine Beratung einzuholen. Unter der Berücksichtigung der Öffnungszeiten des Lesesaals kann per E-Mail oder telefonisch ein Besuchstermin im Archiv vereinbart werden.

Der Besuch im Archiv

Der Besuch im Archiv beginnt in der Regel mit dem Ausfüllen eines Benutzerantrages; es werden vor allem der Name, die Adresse und das Forschungsthema des Benutzers erfasst. Es folgt, falls dies noch nicht geschehen ist, ein persönliches Beratungsgespräch mit den Mitarbeitern des Archivs. Neben einer kurzen Einweisung in die Bibliothek werden im Beratungsgespräch geeignete Bestände für die jeweiligen Fragestellungen ermittelt bzw.



Ergänzungen gegeben, falls der Besucher vorab schon durch die Internet-Recherche bestimmte Bestände ermittelt hat. Zu den gewählten Beständen übergibt der Archivar dem Benutzer anschließend so genannte Findbücher oder Inventare, die den eigentlichen Zugang zu den Akten ermöglichen. Mit Hilfe eines Findbuches ist es möglich, innerhalb eines Bestandes die für die eigene Fragestellung relevanten Archivalien, die jeweils eine eigene Signatur haben, zu ermitteln. Die Signatur setzt sich aus der Bestandszugehörigkeit und einer für jede Archivale innerhalb eines Bestandes laufend vergebene Nummer zusammen. In der Einleitung eines Findbuches findet sich zunächst die geschichtliche Entwicklung des Unternehmens sowie in einem zweiten Schritt Informationen zu dem Bestand. Im Hauptteil befinden sich Inhaltsbeschreibungen der einzelnen Akteneinheiten – jeweils einem Thema zugeordnet. Beinahe jedes Archiv arbeitet mittlerweile auch mit elektronischen Datenbanken.

Sobald Archivalien recherchiert wurden, die zu der Fragestellung passen, können diese bei den Archivmitarbeitern in den Lesesaal bestellt werden. Dazu muss die Bestandsnummer und die Aktennummer auf einen Bestellschein geschrieben und dem entsprechenden Bearbeiter, der die Archi-



valien in den Lesesaal zur Einsichtnahme bringt, gegeben werden. Für den Archivbesuch gibt es gewisse Regeln; diese lassen sich in den Benutzungsbedingungen des Archivs nachlesen. Jacken, Taschen, nicht lautlose Handys sowie Getränke und Essen beispielsweise verbleiben außerhalb des Lesesaals in Schließfächern. Beim Arbeiten mit dem Archivmaterial gilt grundsätzlich, dass die Archivalien besonders sorgfältig zu behandeln, keine Seiten zu entnehmen und nicht als Schreibunterlage zu benutzen sind. Archivalien sind unersetzbare Dokumente der Vergangenheit und unterliegen hohen konservatorischen Anforderungen. Deshalb

gilt in den meisten Archiven, dass Archivalien nicht kopiert werden, sondern der Benutzer die für seine Fragestellung wichtigen Elemente exzerpiert. Es gibt natürlich Fälle, sei es Kartenmaterial, Fotos oder eben Material für den Schulunterricht, die eine Kopie oder einen Scan erforderlich machen. Eine Reproduktion ist in der Regel möglich, aber abhängig vom Erhaltungszustand der Archivalien.

Am Ende eines Archivbesuchs kann auch *kein* Ergebnis stehen; manchmal finden sich in den Akten nicht die gesuchten Informationen. Auch das ist normal und wird an anderen Tagen kompensiert durch überraschende Funde, mit denen man nicht gerechnet hätte.

Migration im Ruhrbergbau

Die Ruhrpolen in der Zeit der Industrialisierung

Dem Steinkohlenbergbau kam bei der Industrialisierung Deutschlands eine zentrale Rolle zu. Kohle wurde als Brennstoff in allen wirtschaftlichen Bereichen gebraucht. Ohne sie konnte keine Dampfmaschine betrieben werden und ohne Koks, der aus Kohle gewonnen wurde, konnte auch kein Stahl erzeugt werden, der wiederum den Grundstoff für den Bau von Maschinen und Produktionsanlagen bildete. Nur mit Kohle war schließlich das Eisenbahnnetz auszubauen, das für die Industrialisierung des Landes unerlässlich war.

Um die steigende Nachfrage nach Steinkohle zu decken, mussten im Ruhrgebiet, dort, wo große Lagerstätten entdeckt worden waren, neue Schächte „abgeteuft“ und Zechenanlagen betrieben werden.

	Förderung (in Mio. t)	Beschäftigte
1850	1,96	12.741
1870	11,57	50.749
1880	22,36	80.309
1890	35,52	127.794
1900	60,12	228.693

In dem rasanten Maß, in dem die Industrialisierung Deutschlands voranschritt, stieg auch die jährlich geförderte Kohlenmenge; zugleich wuchs die Zahl der Bergleute, die auf den Zechen beschäftigt wurden.

Der rasch wachsende Bedarf an Arbeitskräften konnte nicht aus dem Ruhrgebiet selbst gewonnen werden und auch in den benachbarten Regionen des Rheinlands, Westfalens oder Hessens gab es nicht genügend Menschen, um die große Nachfrage nach Bergleuten zu befriedigen. Sie mussten aus anderen deutschen Landesteilen und weit entfernten Gebieten angeworben werden, nicht zuletzt aus den ärmlichen Agrarregionen im Osten des Deutschen Reiches, den preußischen Grenzprovinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien, die früher teilweise zu Polen gehört hatten und des-

halb – abgesehen von den protestantischen Masuren im südlichen Teil von Ostpreußen – einen hohen polnischen, katholischen Bevölkerungsanteil aufwiesen. Die Binnenwanderung aus dem Osten in „Preußens wilden Westen“ löste die Auswanderung nach Übersee mehr und mehr ab. Manche Zuwanderer, darunter eher fachlich einschlägig qualifizierte Arbeiter, die auf den Zechen an der Ruhr Beschäftigung fanden, kamen auch aus dem Ausland, den Niederlanden, Italien oder dem österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat. Einheimische waren für den Bergbau umso schwerer zu gewinnen, da der Beruf des Bergmanns – früher eine privilegierte soziale Gruppe – im Zuge der Liberalisierung des Bergbaus seit Mitte des 19. Jahrhunderts, also des Rückzugs des Staates aus dem Betrieb des Bergbaus, immer mehr an Ansehen verloren hatte.

Die größte Gruppe unter den zugewanderten Bergarbeitern stammte aus den vier Ostprovinzen. Ende 1893 stellten sie mit 39.442 Beschäftigten 25,6 Prozent der Belegschaften im Ruhrbergbau und mit 128.948 Beschäftigten betrug ihr Anteil 1910 36,5 Prozent. Die Landwirtschaft bot der stark angewachsenen Bevölkerung in den Ostprovinzen keine ausreichende Existenzgrundlage mehr. Die Schicht der verschuldeten Kleinbauern und besitzlosen Landarbeiter hatte sich enorm vergrößert und je schlechter die Aussichten wurden, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, desto größer wurde die Bereitschaft vor allem jüngerer, unverheirateter Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren auszuwandern. Die Bergbauunternehmen nutzten das und warben in den Ostprovinzen mit Hinweis auf höhere Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen systematisch Arbeitskräfte für ihre Zechen an. Das löste einen Schneeballeffekt aus: Arbeiter, die ausgewandert waren, zogen andere nach. Viele gingen zwar anfangs von einer zeitlich befristeten Tätigkeit aus, um anschließend in ihre Heimatorte zurückzukehren, lebten als Kostgänger zur Untermiete, holten aber schon bald ihre Bräute und Familien nach und wurden im Ruhrgebiet dauerhaft sesshaft. Sie heirateten, wählten dabei zumeist Frauen aus ihrem Herkunftsort aus und gründeten Familien. Auf diese Weise ließen sich

die Zuwanderer, die aus bestimmten Landkreisen der östlichen Provinzen stammten, auch im Ruhrgebiet oft in bestimmten Orten nieder, etwa Oberschlesien namentlich aus Ratibor und Rybnik in Bottrop oder Masurern in Gelsenkirchen. Diejenigen aus Posen und Westpreußen waren dagegen stärker im Ruhrrevier verstreut, wenn auch mit Schwerpunkten in manchen Städten.

In den Siedlungen um die einzelnen Schachtanlagen bildeten sich so spezifische landsmannschaftliche Bergarbeitermilieus. In ihnen konnten die Migranten ihre Sprache und Lebensgewohnheiten weiter pflegen und ihre kulturelle Identität bewahren. So entstanden – wie die Frankfurter Zeitung 1902 schrieb – *„polnische Enklaven auf deutschem Boden“*. Dadurch wurde es den Zuwanderern einerseits erleichtert, sich im industriellen Umfeld zurechtzufinden, andererseits aber bildete sich innerhalb des Ruhrgebiets eine nationale Subkultur heraus, die sich gegenüber der nicht-polnischen Bevölkerung abgrenzte und durch ein dichtes, vielfältiges Netz von Vereinen und polnisch-sprachigen Presseorganen zusammengehalten wurde. Mit der „Polnischen Berufsvereinigung“ wurde 1902 in Bochum sogar eine eigene Bergarbeitergewerkschaft gegründet, die im Ruhrgebiet 1911 mehr als 30.000 Mitglieder zählte, wenngleich auch im christlichen und im sozialdemokratischen Verband einige tausend polnische Bergarbeiter organisiert waren. Wie die Streiks vom Januar / Februar 1905 und vom März 1912 zeigen, scheute dieser Verband vor kämpferischen Auseinandersetzungen keineswegs zurück und war durchaus bereit, dabei mit anderen Gewerkschaften zu kooperieren.

Die Behörden betrachteten die Zuwanderer aus den Ostprovinzen, so wenig man auf sie verzichten konnte, mit großem Misstrauen. Nach Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen waren es nämlich, wie er 1896 in einer Denkschrift feststellte, *„Elemente, welche dem Deutschthume feindlich gegenüberstehen, sich auf einer niedrigen Stufe der Bildung und Gesittung befinden und zu Ausschreitungen geneigt sind“*. Aus Angst vor einer Radikalisierung und sozialen Unruhen wurden ihre Vereinstätigkeit und ihre Versammlungen überwacht und mit administrativen Maßnahmen versuchte man, die polnischen Arbeiter unter Kontrolle zu halten, nicht zuletzt durch diskriminierende Sprach-

verordnungen. 1909 wurde schließlich in Bochum die „Zentralstelle für Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ eingerichtet. Unter diesen Bedingungen rückten die Ruhrpolen nur umso enger zusammen, suchten sich dem Germanisierungsdruck zu entziehen und hielten an ihrer kulturellen Identität fest.

Die Männer aus den Ostprovinzen, die auf den Zechen anlegten, trafen auf eine für sie völlig unbekannte Arbeitswelt. Statt unter freiem Himmel arbeiteten sie in der beklemmenden und gefährvollen Enge und Dunkelheit untertage. Die Arbeit war körperlich anstrengend, aber die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten als Schlepper oder Hauer konnten sie sich aneignen. Aus „sicherheitspolizeilichen Interessen“ verlangte die Bergpolizeiverordnung vom Januar 1899 allerdings, dass die fremdsprachigen Arbeiter *„genügend deutsch verstehen, um mündliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten und Mitteilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen“*, und in besseren Positionen als Aufseher, Maschinenführer oder ähnliches konnten sie *„nur beschäftigt werden, wenn sie deutsch sprechen und in Schrift und Druck lesen können“*. Lag die Unfallrate unter den polnischen Bergarbeitern bis Anfang des 20. Jahrhunderts tatsächlich höher als bei den übrigen Belegschaftsmitgliedern, so sank sie in dem Maße, wie sich die zugewanderten Neubergleute an die Verhältnisse untertage gewöhnten.

Um ihren Verdienst zu verbessern, waren die Ruhrpolen ausgesprochen leistungswillig. Das brachte sie in Konkurrenz zu den angestammten Bergleuten, die in den „Polacken“ nicht selten unkollegiale Lohndrücker sahen. Mehr als andere neigten sie auch dazu, die Zeche zu wechseln, wenn sie mit ihrem Lohn nicht zufrieden waren. Das „Zechenlaufen“ war recht verbreitet, unter den ungelernten, familiär ungebundenen Bergleuten aus den Ostprovinzen jedoch besonders ausgeprägt. Gewerkschaften als Organe kollektiver Interessenvertretung schlossen sie sich nur zögernd an. Vereinzelt entlud sich der Protest gegen Verschlechterungen der Verdienste in spontanen Ausständen, die in Ausnahmefällen zu gewaltsamen Kämpfen eskalierten, wenn durch den Einsatz von Polizei und Militär Ruhe und Ordnung wiederhergestellt wurde, wie bei den „Herner Krawallen“ im Juni 1899.

Auf der anderen Seite konnte die Arbeit untertage die Solidarität unter den Bergleuten fördern. Sie waren nicht nur gemeinsam den Gefahren „vor Ort“ ausgesetzt, sondern durch den für den Bergbau kennzeichnenden Gruppenakkord, das „Gedinge“, waren sie in Kameradschaften integriert, mussten sich über die Form ihrer Zusammenarbeit an den Abbaubetriebspunkten untereinander verständigen und waren in ihrem Verdienst von der gemeinsam erbrachten Förderleistung abhängig. Spannungen und Konflikte blieben auch dabei nicht aus. Die Arbeit im Bergbau führte daher nicht zwangsläufig dazu, dass die polnischen Bergarbeiter von ihren deutschen Kollegen akzeptiert wurden.

Erster Weltkrieg, Weimarer Republik und NS-Zeit

Der Erste Weltkrieg bedeutete einen Einschnitt. Zahlreiche Bergarbeiter wurden zum Militär eingezogen, darunter auch Ruhrpolen, die sich in dieser Ausnahmesituation loyal zu Deutschland bekannten. Um die Fördermenge trotzdem weiterhin sicherzustellen, die erforderlich war, mussten Arbeitskräfte eingestellt werden. Dabei griff man auf Arbeiter zurück, die nicht selten unter Druck aus dem Gebiet Polens, das von den Mittelmächten besetzt war, aber auch aus Belgien für die Zechen im Ruhrrevier angeworben wurden; sie machten jeweils rund 15.000 Personen aus. Hinzu kamen Kriegsgefangene, deren Zahl sich gegen Ende des Krieges bei rund 350.000 Beschäftigten insgesamt auf bis zu 69.000 Personen belief. Den größten Teil, etwa die Hälfte, stellten dabei russische Soldaten, darunter vorwiegend Polen, und ein Viertel bildeten die französischen Kriegsgefangenen. Nicht wenige ausländische Arbeiter entzogen sich den ihnen aufgezwungenen Beschränkungen, die ihnen viele Rechte nahmen, suchten trotz Verbots nach einer besseren, lohnenswerteren Beschäftigung in einem anderen Werk oder flohen ganz aus Deutschland.

Mit Kriegsende kehrten nicht nur die Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurück. Auch viele polnische Bergleute, selbst solche, die mittlerweile schon viele Jahre im Ruhrgebiet gelebt hatten, remigrierten. Die Rückwanderung wurde umso stärker, je mehr sich abzeichnete, dass Polen wieder als

eigener Staat entsteht, und je schlechter auf der anderen Seite die wirtschaftliche Lage in Deutschland wurde. Im Zuge der Neuordnung Europas durch den Versailler Vertrag vom Juni 1919 erhielt Polen schließlich seine Unabhängigkeit, während sich Deutschland nur mühsam von den Folgen des Krieges erholte und erst ab 1924 ökonomisch zu stabilisieren begann. Die Aufnahmekapazitäten Polens waren allerdings begrenzt; Arbeitsplätze und Wohnraum waren nicht ausreichend vorhanden. Aus diesem Grund und angesichts der Spannungen zwischen Deutschen und Polen, die bis zur Ruhrbesetzung 1923 immer stärker wurden, wanderten viele Ruhrpolen ins nordfranzösische Bergbaurevier südlich von Lille und ins wallonische Belgien um Charleroi aus. Wegen des Germanisierungsdrucks waren schon vor dem Krieg einige Tausend dorthin gezogen. Nach 1918 verstärkte sich der Strom; schätzungsweise 20.000 polnisch-stämmige Bergarbeiter verließen das Ruhrgebiet und gingen weiter nach Westen.

Ab 1924 wurden die Beschäftigungsaussichten im Ruhrbergbau schlechter. Eine enorme Rationalisierungswelle setzte ein. Druckluftbetriebene Abbauhämmer wurden massenhaft eingeführt, die Kohle wurde aus den Streben zunehmend maschinell nach übertage transportiert, durch die Konzentration auf ergiebige Flöze wurde die Zahl der Abbaubetriebspunkte drastisch reduziert und unrentable Zechen wurden stillgelegt. Die Produktivität stieg sprunghaft und in gleichem Maße sank die Zahl der Beschäftigten. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 tat ein Übriges; mangels Nachfrage wurde die Förderung gedrosselt und mehr und mehr Personal abgebaut.

	Förderung (in Mio. t)	Beschäftigte
1922	96,68	576.644
1925	104,34	459.876
1932	73,28	221.069

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und der Aufrüstung Deutschlands wurde nach 1933 wieder mehr Kohle gefördert und die Zahl der Beschäftigten wuchs. Bis 1940 stieg die Förderleistung auf 129,19 Mio. t, und die

Zahl der Beschäftigten belief sich auf 342.830 Personen. Um den Arbeitskräftebedarf zu decken, standen im Ruhrgebiet selbst genügend Arbeiter zur Verfügung. Das änderte sich mit Kriegsbeginn im September 1939, als wehrfähige Männer und damit auch Bergleute zum Militär eingezogen wurden. Zum Ausgleich wurden Arbeitskräfte aus dem besetzten Polen, aber auch 18.000 Bergleute aus dem nordfranzösischen und belgischen Kohlenrevier, darunter auch sehr viele ehemalige Ruhrpolen, eingesetzt. Hinzu kamen ab Oktober 1941 etwa 11.000 Ukrainer. Ende 1942 wurden rund 10.000 polnische Arbeiter, die in Deutschland bereits zur Zwangsarbeit eingesetzt waren, auf Zechen im Ruhrgebiet umgesetzt, und im April 1943 wurden in einer Sonderaktion weitere Arbeiter aus dem Generalgouvernement rekrutiert. Insgesamt waren während des Zweiten Weltkriegs etwa 45.000 polnische Arbeiter im Ruhrbergbau tätig, von denen 30.000 im nationalsozialistischen Sinne als „Polen“ galten und damit unter ein diskriminierendes Sonderrecht fielen.

Die Anwerbung türkischer Bergarbeiter

Die Förderung von Steinkohle war – wie nach dem Ersten Weltkrieg – auch nach 1945 maßgebliche Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und dem Ruhrrevier kam dabei eine noch größere Bedeutung zu, als andere deutsche Kohlereviere, das Saarland und Schlesien, von Deutschland abgetrennt wurden. Die ausländischen Arbeitskräfte, Kriegsgefangene, Zwangs- und Zivilarbeiter, die in ihre Heimat zurückkehrten, mussten deshalb rasch ersetzt werden. Neben den zurückkehrenden deutschen Soldaten waren es vor allem Heimatvertriebene und Flüchtlinge, die auf den Zechen im Ruhrgebiet anlegten. Innerhalb kurzer Zeit konnten die Belegschaften auf diese Weise aufgestockt werden und im beginnenden „Wirtschaftswunder“ hielt der Arbeitskräftebedarf unvermindert an.

	Förderung (in Mio. t)	Beschäftigte
1945	33,39	276.192
1948	81,11	401.671
1956	124,63	484.986

Die Fluktuation auf den Zechen war allerdings recht hoch. Um die Bergarbeiter zu halten und immer wieder neue Arbeitskräfte zu gewinnen, wurden daher zahlreiche Anreize geschaffen, angefangen bei den Löhnen und verschiedenen Sozialleistungen bis hin zu günstigem Wohnraum.

Ab 1958 änderte sich die Lage. Da der Kohlenabsatz stockte, mussten Feierschichten eingelegt werden. Das war mit Lohneinbußen verbunden und die Anziehungskraft des Bergbaus sank in dem Maße weiter, wie seine Zukunftsaussichten und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze schwanden. Importkohle aus dem Ausland war billiger und vor allem das einfacher verwendbare, bedeutend preisgünstigere Mineralöl verdrängte die heimische Steinkohle zunehmend vom Markt. Trotz aller Stützungsmaßnahmen ging die Fördermenge mehr und mehr zurück. 1970 betrug sie nur noch 91,1 Mio. t. Da der Ruhrkohlenbergbau zugleich seine Rationalisierungsanstrengungen enorm verstärkte, die Produktivität daher steil anstieg, aber auch Zechen stillgelegt wurden, um die Förderung an die veränderten Marktverhältnisse anzupassen, waren umso weniger Arbeitskräfte erforderlich. Bis 1970 war die Zahl der Beschäftigten auf 198.943 Personen gesunken; seit 1956 waren damit insgesamt 286.043 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Trotzdem wurden paradoxerweise ständig Arbeitskräfte im Ruhrbergbau gesucht. Für ältere Bergleute, die vorzeitig in Rente gingen, musste Ersatz gefunden werden und angesichts der unsicheren Beschäftigungsaussichten verließen vor allem viele jüngere, mobile, zumeist gut ausgebildete Arbeiter den Bergbau, obwohl gerade sie aufgrund des fortschreitenden Einsatzes moderner Maschinen dringend gebraucht wurden; sie wechselten in zukunftssträchtige Branchen, etwa ins Bochumer Opel-Werk. Wegen der Vollbeschäftigung, die gegen Ende der 1950er Jahre erreicht wurde, aber auch wegen des Mauerbaus im August 1961, durch den der Zustrom von Flüchtlingen aus der DDR beendet wurde, waren die Bergbauunternehmen gezwungen, ihren Bedarf mit Arbeitskräften zu decken, die sie im Ausland anwarben. Zunächst waren es „Gastarbeiter“ aus dem europäischen Raum, aus Italien, Jugoslawien, Griechenland und Spanien. Da es weiterhin akut an Arbeitskräften mangelte, wurden ab 1962 auch junge Männer aus

der Türkei, wo ein großer Arbeitskräfteüberschuss herrschte, auf den Schachtanlagen, insbesondere im Untertagebetrieb beschäftigt. So stieg die Zahl der „Gastarbeiter“ im Ruhrbergbau von 1958 bis 1973, dem Jahr des Anwerbestopps, von 12.000 auf 29.000 Menschen, von denen schließlich 70 Prozent Türken waren.

Nach Ansicht eines Vertreters des Unternehmensverbands Ruhrbergbau, der sich 1961 vor Ort über die Anwerbemöglichkeiten informierte, waren die türkischen Arbeiter anspruchslos, arbeitswillig und fügsam: *„Der Türke gilt als äußerst genügsam und entwickelt von sich aus keine Initiative. [...] Er ist es nicht anders gewohnt, als dass er von strenger, harter Hand geführt wird.“* Als Arbeitskräfte-reservoir, über das je nach konjunktureller Lage mal mehr, mal weniger zurückgegriffen werden kann, waren die türkischen Bergarbeiter jedoch nicht verfügbar. An Arbeitsplätzen eingesetzt, die für viele völlig ungewohnt waren, anfangs teilweise auch schlechter bezahlt als ihre deutschen Kollegen und zudem in Wohnheimen untergebracht, die manchen Anlass zur Beanstandung boten, wechselten sie nicht selten den Arbeitsplatz oder verließen den Bergbau. Vereinzelt kam es sogar zu kurzen, spontanen Arbeitsniederlegungen.

Bei deutschen Bergleuten stieß die Beschäftigung türkischer Arbeiter nicht nur wegen der sprachlichen Probleme und der kulturellen Unterschiede zunächst auf Bedenken oder Ablehnung. Sie befürchteten, dass das Lohnniveau dadurch, dass viele ungelernte und unerfahrene Kräfte eingestellt wurden, insgesamt abgesenkt werden könnte und sahen ihren Berufsstand in seinem öffentlichen Ansehen entwertet. Auch die Gewerkschaft tat sich in den ersten Jahren schwer, sich für die türkischen Kollegen einzusetzen. Nur wenige waren dort organisiert. Die türkischen Arbeiter wollten nicht dauerhaft im Ausland bleiben, sondern nur vorübergehend in Deutschland arbeiten, um dann mit möglichst viel verdientem Geld in ihre Heimat zurückzukehren.

Eine Alternative zur Beschäftigung türkischer Arbeiter bestand nicht, um die personellen Lücken im Bergbau zu schließen. Je deutlicher es im Laufe der 1960er Jahre wurde, dass auf sie nicht verzichtet werden konnte, desto mehr bemühten sich die Zechenunternehmen an der Ruhr, insbesondere nach ihrem Zusammenschluss 1968 zur Ruhrkohle

AG, diese Arbeitskräfte zu halten und stärker an den Bergbau zu binden. Den türkischen Arbeitern wurden bessere Wohnbedingungen geboten und außerdem Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, so dass sie Teil der Stammbesetzungen werden konnten. Damit wurden wichtige Voraussetzungen für ihre soziale Integration geschaffen. Ein wachsender Teil der ausländischen Bergleute wurde Mitglied der Gewerkschaft und 1972 wurden einige von ihnen erstmals in den Betriebsrat, d. h. in die Interessenvertretung der Beschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber, gewählt.

Mit dem Anwerbestopp vom November 1973 wurde angesichts steigender Arbeitslosenzahlen der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte zurückgefahren. Zugleich wurde dadurch die Entscheidung der türkischen Bergleute, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, gefördert, und viele Familienangehörige folgten ihren Männern, um sich hier niederzulassen.

Literatur

- Berg, Aloys: Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau: ein Vergleich zweier Wandlungsvorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet“, Diss. Bochum 1990
- Dahlmann, Dittmar / Kotowski, Albert S. / Karpus, Zbigeniew (Hg.): Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg, Essen 2005
- Hunn, Katrin: „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005
- Kift, Dagmar / Osses, Dietmar (Hg.): Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute, Essen 2007
- Kleißmann, Christoph: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870 – 1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978
- Stefanski, Maria: Zum Prozess der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet, Dortmund 1984

Das Thema im Unterricht der Sekundarstufen I und II: Methodisch-didaktische Anregungen und die Arbeit mit den Quellen

Die Verknüpfung des Themas Migration im Ruhrbergbau mit dem Geschichtsunterricht aller Schulstufen ist an vielen Stellen möglich, wie ein Blick in die Kernlehrpläne (KLP) des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt. Im Folgenden sind fünf Beispiele aufgeführt, die die Inhalte und Schwerpunkte des KLP aufgreifen und Wege aufweisen, wie diese mit einem Archivbesuch so verknüpft werden können, dass das Thema teils im Unterricht, teils am außerschulischen Lernort erarbeitet werden kann. Daran schließen sich editierte Quellen sowie ergänzende Quellen für den Archivbesuch an, die für die Bearbeitung des Themas im Unterricht geeignet sind.

Die Lebenswelt polnischer Migranten im Ruhrgebiet. Zwischen Einwandern und Heimisch werden

Sekundarstufe I

Inhalt	Europa wandelt sich politisch und wirtschaftlich Innovation, Technisierung, Modernisierung – Umbrüche in der Arbeitswelt seit dem 19. Jahrhundert.
Schwerpunkt	Industrielle Revolution an einem regionalen Beispiel / im 19. Jahrhundert

Methodisch-didaktische Anregungen

Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Die Schülerinnen und Schüler können:

- den Beginn und grundlegende Stationen des Verlaufs der Industrialisierung beschreiben,
- grundlegende Betriebsanlagen und Produktionsschritte des Steinkohlenbergbaus skizzieren,
- das Ruhrgebiet, sowie Schlesien und Masuren als geographische Räume verorten.

Kurzvorstellung der Quellen

Der Auszug aus der Zeitschrift für das Berg-, Hütten und Salinenwesen gibt einen Einblick in die Lebens- und Arbeitswelt im Ruhrrevier des späten 19. Jahrhunderts. In der Quelle findet sich eine knappe Beschreibung zur Ausstattung und Kapazität der auf Zeche Gneisenau neu eingerichteten Wohn- und Speiseanstalt für 200 Arbeiter.

Ergänzend dazu könnte bei einem Archivbesuch das Ergebnis der Zählung der Be-

legschaft der Bergwerke im Oberbergamtsbezirk Dortmund hinzugezogen werden, die eine komplexe Momentaufnahme darstellt. Durch die für einen einzigen ausgewählten Tag erstellten Angaben und Tabellen lassen sich zum Beipiel Erkenntnisse gewinnen über die allgemeine Zusammensetzung der Belegschaft nach Gesamtzahl, Abstammung, Sprache, Religionsbekenntnis und Personenstand oder die Zusammensetzung der Belegschaft nach Lebensalter oder Dienstalter.

(beides Bd. 1), aber auch über die Unterbringung der Arbeiter bzw. die Hausbesitzer unter ihnen, die Aufteilung der Belegschaft nach Geburtsland und Muttersprache, dem Nachweis der Belegschaft eines Werkes nach Wohnorten, die Beziehung zwischen dem Dienst- und dem Lebensalter, die Dauer der Werkszugehörigkeit und frühere Beschäftigungen (alles Bd. 2).

Zielrichtung eines Archivbesuchs

Für die Schülerinnen und Schüler wird sich die Frage nach der Bedeutung von Migration stellen, selbst wenn ihnen durch das Alltagsgeschehen Migration in anderem Kontext und Ausmaß bekannt ist. Daher erscheint es sinnvoll, die Akteure dieser Art der Arbeitsmigration in ihrem Herkunfts- und Zielraum zu verorten. Zu diesem Zweck eignet sich etwa eine kombinierte Karten- und Quellenarbeit, in deren Verlauf sowohl die Herkunftsorte der polnischen Migranten ausfindig gemacht werden, als auch deren Zielort(e) im Ruhrrevier. Beides ist über die Verwendung der Belegschaftslisten möglich. Eine Visualisierung auf geeigneten Karten kann dabei hilfreich sein.

Kombinieren lassen sich Angaben aus eben jenen Belegschaftslisten mit den Ergebnissen der Zählung vom 16. Dezember 1893. Einen guten ersten Einblick in die Vielfalt der Ergebnisse dieser Zählung bietet die in Bd. 1 auf Seite XXVII abgedruckte Zählkarte, mit deren Hilfe die Angaben erhoben werden sollten. Sie gibt durch ihre Fragerichtung Auskünfte über Arbeits- sowie Familien- und Wohnverhältnisse. Das jeweils in tabellarischer Form vorliegende Ergebnis für einzelne Werke bietet dann die Möglichkeit des Vergleichs.

Darüber hinaus kann es bei der Verwendung der Belegschaftslisten reizvoll sein, sich von den deutschen unterscheidende polnische Namensanfänge, etwa „Cz“, ausfindig zu machen und nach Familienverbänden zu suchen, die eventuell gleichzeitig am selben Werk die Arbeit aufgenommen haben; gleiches gilt für Bewohner desselben Dorfes.

Nicht zuletzt ist es möglich über die ab 1903 in Dortmund-Derne entstandene Mäusersiedlung einen Einblick in den Siedlungsbau und die Wohnverhältnisse in Zechenhäusern im Vergleich zu den Wohnanstalten zu erlangen.

Alle angesprochenen Untersuchungsaspekte können gemeinschaftlich oder arbeitsteilig erarbeitet werden und so Ziel des Besuchs im Archiv sein, um dem Alltag und der Lebenswelt der polnischen Zuwanderer ins Ruhrgebiet auf die Spur zu kommen.

Quellen

Die Wohn- und Speiseanstalt der Bergwerks-Gesellschaft Gneisenau, 1889

Bergbauliche Mittheilungen aus der „Deutschen allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung, Berlin 1889“. Unter Benutzung der ausgelegten Flugschriften zusammengestellt von A. Hasslacher in Berlin, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem Preussischen Staate 37, 1889, B, S. 198–265, hier S. 259f.; WWA-Bibliothek P 154

Die Bergwerks-Gesellschaft Gneisenau (Dortmund) hat im laufenden Jahre die auf Tafel XII dargestellte Wohn- und Speise-Anstalt für 200 Arbeiter eröffnet. Das Vorder-Gebäude enthält einen Speisesaal für 120 Personen, einen Verkaufsraum, in welchem die Arbeiter Kleidungsstücke, Schuhe und Stiefel, Tabak u.s.w. zum Selbstkostenpreise kaufen können, und ein Lesezimmer mit Zeitschriften und Zeitungen; ein Theil des Gebäudes ist für den Verwalter und seine Familie, sowie für das Wirthschaftspersonal bestimmt. An den Speisesaal der Arbeiter stösst, jedoch vollständig getrennt von demselben, ein kleiner Speisesaal für die Beamten. Ein in Zellen eingetheilter Saal dient zur Aufnahme kranker Arbeiter. Die anderen, in Zellen mit einem und zwei Betten eingetheilten Säle sollen solche Arbeiter aufnehmen, welche mit männlichen Mitgliedern ihrer Familie zusammen wohnen wollen.

Hinter dem Gebäude liegen die 7 grossen Schlafsäle, jeder mit 24 Zellen in zwei, durch einen breiten Gang getrennten Reihen. Jede Zelle hat eine verschliessbare Thüre und enthält: 1 eiserne Bettstelle mit Strohsack und Seegras-Matratze, Kopfkissen, 2 leinenen Betttüchern und 2 Decken, ferner 1 verschliessbares Spind und 1 Stuhl. Am Ende der einzelnen Säle befindet sich je eine, für 8 Personen berechnete Waschvorrichtung. Ebendasselbst sind auch Noth-Ausgänge vorhanden, durch welche man im Falle eines Brandes ins Freie gelangen

kann. Die Heizung der Säle erfolgt durch eine Dampfleitung, deren Rohre in die einzelnen Zellen gehen. Letztere sind oben offen und mit grossen Oberlichtern versehen; durch diese fällt auch bei der elektrischen Beleuchtung das Licht ein. Zur Ventilation der Säle und Zellen sind in den Oberlichtern Lüftungs-Klappen angebracht. Auch stehen die Wände der Zellen 20 cm vom Fussboden ab, so dass durch diese Zwischenräume die Reinigung, Lüftung u. s. w. erfolgen kann.

Die geräumige Küche stösst an die Schlafsäle und an den Speisesaal; mit letzterem ist sie durch ein grosses Schalter für die Speise-Ausgabe verbunden. Sie hat eine Anzahl Dampf-Kochkessel und einen grossen Feuerheerd. An die Küche schliessen sich die Keller, sowie eine Vorrathsstube an.

Abtritte sind in genügender Zahl vorhanden, und gelangt man zu denselben durch einen mit Latten verschlagenen Gang, welcher die Dünste ins Freie abziehen lässt, so dass das Haus selbst davon verschont bleibt. In einem Neben-Gebäude befindet sich eine mit Dampf betriebene Waschanstalt zum Reinigen der Wäsche der Arbeiter, sowie ein Desinfections-

Apparat. Eine besonders dazu angestellte Person besorgt die kleinen Ausbesserungen an den Kleidern der Arbeiter unentgeltlich [sic!]. Der Betrieb der Anstalt geht auf Rechnung der Zeche und wird von einem Verwalter geleitet. Die Arbeiter erhalten Wohnung und Beköstigung zu Selbstkostenpreisen.

Ergänzende Quellen für einen Archivbesuch

- Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung vom 16. Dezember 1893, zusammengestellt vom Königlichen Oberbergamt in Dortmund, mit Erläuterungen von Otto Taeglichsbeck, 2 Bde., Dortmund 1895/1896
- Belegschaftslisten des Grubenbetriebs Prosper I, 1876–1890, Buchstabe K (Bl. 32–44, besonders Bl. 39 und 41); WWA F 35 Nr. A2
- Belegschaftslisten des Grubenbetriebs Prosper I, 1894–1899, Buchstabe K, (Bl. 98–127), WWA F 35 Nr. A5

Die Ruhrpolen im Bergbau. Querschnitte durch Arbeits- und Lebensalltag

Sekundarstufe II (Einführungsphase)

Inhalt	Erfahrungen mit Fremdsein in weltgeschichtlicher Perspektive
Schwerpunkt	Fremdsein, Vielfalt und Integration: Migration am Beispiel des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert

Methodisch-didaktische Anregungen

Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Die Schülerinnen und Schüler können:

- grundlegende Ereignisse, Strukturen und Verläufe der Industriellen Revolution in Deutschland erläutern,
- die Relevanz der Steinkohle für das Fortschreiten und die Entwicklung der Industriellen Revolution einordnen,
- das Ruhrrevier sowie die Regionen Schlesien und Masuren geographisch im Deutschen Reich verorten.

Kurzvorstellung der Quellen

Die handschriftlich verfassten Belegschaftslisten der Zeche Prosper I unterscheiden sich von den herkömmlichen Belegschaftslisten der Zeit, die meist nur einspaltig wesentlichste Bemerkungen wie etwa Lebensdaten, Eintrittsdatum und Abgangsdatum sowie Lebensdaten zu einem Arbeiter auflisten. Sie sind vielmehr über zwei Seiten geführt und weisen neben der reinen Tätigkeit, die der Werkzugehörige ausübt, Angaben über den Werdegang im Betrieb, wie auch Angaben über dessen Familie, die sprachliche Kompetenz sowie Wohn- und Arbeitsorte der vorangegangenen Jahre aus.¹

Zielrichtung eines Archivbesuchs

Die Einzelbetrachtung der unterschiedlichen Belegschaftslisten lässt die Möglichkeit zu einem vergleichenden Einblick in den Lebens-

alltag der polnischen, wie der deutschen Arbeiter zu, bietet aber auch die Gelegenheit sich einzelnen Schicksalen ausgiebig zu widmen. Die Kombination der Listen, mit den Ergebnissen der Zählungen vom 16. Dezember 1893, bietet eine tiefergehende Sicht auf das Zusammenspiel aller an einem Grubenbetrieb beteiligten Personengruppen. Da diese Publikation online verfügbar ist, bietet es sich an, sich vorab mit Hilfe des Inhaltsverzeichnisses zu orientieren und Untersuchungsgebiete festzulegen.²

Lohnenswert erscheint es dabei, einen ersten Zugriff über die Zählkarte zu wählen (Band 1, S. XXVII), wird hier doch ein Überblick über die in der Erhebung selbst gestellten Fragen nach den Arbeits-, Familien- und Wohnverhältnissen gegeben.

Ergänzt werden können diese beiden Zugriffsmöglichkeiten durch die Lektüre über die Unterbringung und Verpflegung lediger Arbeiter, in der eigens für diese auf der Zeche Gneisenau errichteten Wohn- und

1 Zu den ergänzenden Quellen für einen Archivbesuch vgl. Thema „Die Lebenswelt polnischer Migranten im Ruhrgebiet. Zwischen Einwandern und Heimisch werden“.

2 <http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/content/pageview/2786910>, 26.5.2016.

Speiseanstalt. Hierdurch werden die Unterschiede in der Unterbringung lediger, häufig neu zugereister Migranten, gegenüber bereits länger im Betrieb arbeitenden polnischen Bergleuten, die bereits sesshaft geworden sind, deutlich.

Die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbereiche, die Vielfältigkeit der Belegschaft und die Hierarchien innerhalb eines Betriebes lassen sich für das einzelne Werk ebenso erheben wie auch im Vergleich zu anderen Werken in Dortmund bzw. im gesamten Oberbergamtsbezirk.

Die handschriftlich verfassten Belegschaftslisten der Zeche Prosper I, die besonders ausführlich geführt wurde, laden dazu

ein, den Werdegang einzelner polnischer wie deutscher Arbeiter zu verfolgen. Dabei kann nicht nur ein Blick in die Liste des Buchstaben K spannend sein, in der ein ausgeglichenes Verhältnis von Polen und Deutschen feststellbar ist, sondern auch ein Vergleich mit der Liste, welche die mit Cz beginnenden Nachnamen umfasst, lohnenswerte Erträge bringen.

Da die Listen Auskunft darüber geben, an welchen Orten der Beschäftigte bereits zuvor gearbeitet hat, welche Tätigkeit von ihm dabei ausgeübt wurde und sich teils ablesen lässt, an welchen Orten zuvor gewohnt wurde, lassen sich die Bewegungen der Bergarbeiter innerhalb des Ruhrgebietes näher erkunden.

Auszug aus der Belegschaftsliste der Zeche

Kurl, 1906

WWA F 79 Belegschaftsliste K I

Harpener Bergbau-Actien-Gesellschaft in Dortmund.

Zeche Court.

Blatt № 148

1. Marken-№: 132

2. Angelegt (erste Schicht): 11. Januar 1906 Abgelegt (letzte Schicht): 8. Februar 1906.

3. Name: Johann Kurbiß

4. Knappschaftsverhältnis: - Juni Lohnklasse: V

5. Religion: Katholisch Familienstand: verw.

Die Angehörigen nach § 64,5 des G. U. B. G.

6. Vor- und Hausname der Ehefrau (§ 16): Maria geb. Adamskiß

7. Seiner bis zu 15 Jahren alten Kinder (§ 16 des G. U. B. G.)

a. Name:	¹	²	³	⁴	5.
b. Geburtstag:	14. 10. 1895	4. 11. 1897	23. 4. 1902	7. 5. 1904	
c. Geburtsort:	Bingelshaus Alkenlerne	Wickede	Wickede	Wickede	

8. Seiner Verwandten der aufsteigenden Linie (§ 18 des G. U. B. G.), soweit dieselben von ihm unterstützt wurden

a. Name und Stand:

b. Alter und Wohnung:

9. Elternlose Enkel desselben bis zu 15 Jahren (§ 19 des G. U. B. G.)

a. Name:	1.	2.	3.	4.	5.
b. Geburtstag:					
c. Geburtsort:					

10. Wohnort und Wohnung des Angelegten: Hansen № 74. 7

11. Tag, Monat und Jahr der Geburt: 18. Mai 1872

12. Geburtsort: Gnin Kreis Grätz Provinz Posen

13. Bezieht der Angelegte bereits eine Rente auf Grund des Unfall- oder des Invaliditäts- und Altersversicherungsgegesetzes und in welcher Höhe?

14. Erstmalige Anlegung: a. überhaupt (Datum): 22. Dezember 1890 als Henggen
auf der Zeche Kleinister Stein
b. auf einer Grube im Bezirk des Knappschafts-Vereins Bochum
Datum: 22. 12. 1890 als Henggen auf der Zeche Kleinister Stein

15. Zuletzt beschäftigt gewesen (Name und Wohnort des Arbeitgebers): Frau Kleinister Stein
in Gving als Henggen

16. War beschäftigt: am Tage als Henggen von 23. April 1892 bis 31. Mai 1892
als Henggen von bis
in der Grube als Henggen von 22. Decbr. 1892 bis 31. März 1892
als Henggen von bis
als Gedinge-Hepper von 2. Juni 1892 bis 30. Novbr. 1892
als Vehrhauser unter Aufsicht eines Vollerhausers von 1. Decbr. 1894 bis 31. Octbr. 1897
ist Vollerhauser seit dem 1. ten November 1897

17. War zur Invaliden- und Alters-Versicherung während der letzten Beschäftigung versichert bei der Anstalt

Nr der Leistungskarte: Befähigte Arbeiter: Lohnklasse I II III IV V

18. Name des das Gesundheits-Attest ausgestellten Arztes: Dr. Lammert

Bemerkungen auf dem Attest:

19. War der Neuangelegte, d. h. der nicht von einem Vereinswerk kommende Arbeiter, in der Zeit nach dem 1. Januar 1895 schon im Knappschaftsbezirk tätig, und beziehendfalls, wann und auf welcher Zeche?

20. Militärische Dienstleistungen:

21. Verurteilungen:

22. Muttersprache des Angelegten: polnisch

23. Kenntnis der deutschen Sprache: ja

a. Falls der deutschen Sprache nicht mächtig, folgt er mündliche Mitteilungen seiner Mitarbeiter und Vorgesetzten richtig auf? (§ 1)

b. Spricht und liest er Deutsch in Schrift und Druck mit Verständnis? (§ 2)

24. Beschäftigungsort in der Heimat: Lammert

25. Geprüft am: 10. Januar 1906

26. Seit wann im hiesigen Industriebezirk? 1. Dezember 1890

27. Beschäftigungsart vor der Anlegung auf Zeche: Arbeiter

28. Bei Minderjährigen, Name und Wohnort des Vormundes:

29. Bemerkungen:

Johann Kubis
Unterschrift des Angenommenen.

Strecke
Unterschrift des die Aufnahme bewilligen Beamten.

Ergänzende Quellen für einen Archivbesuch

- Auszüge aus der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem Preussischen Staate, Jg. 37, 1889, Teil B, S. S. 259f., Berlin 1889; WWA-Bibliothek P 154
- Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung vom 16. Dezember 1893, zusammengestellt vom Königlichen Oberbergamt in Dortmund, mit

Erläuterungen von Otto Taeglichsbeck, 2 Bde., Dortmund 1895/1896

- Belegschaftslisten des Grubenbetriebs Prosper I, 1876–1890, Buchstabe K (Bl. 32–44, besonders Bl. 39 und 41); WWA F 35 Nr. A2
- Belegschaftslisten des Grubenbetriebs Grubenbetrieb Prosper I, 1894–1899, Buchstabe K, (Bl. 98–127); WWA F 35 Nr. A5

Die Gastarbeiter im Ruhrbergbau. Multiperspektivische Betrachtungen des (Arbeits-)Alltags

Sekundarstufe II (Einführungsphase)

Inhalt	Erfahrungen mit Fremdsein in weltgeschichtlicher Perspektive
Schwerpunkt	Fremdsein, Vielfalt und Integration: Migration am Beispiel des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert

Methodisch-didaktische Anregungen

Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Die Schülerinnen und Schüler können:

- die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die in der Bundesrepublik Deutschland zur Anwerbung von „Gastarbeitern“ aus z. B. Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei geführt haben, in ihren Grundzügen erläutern.

Kurzvorstellung der Quellen

Das Quellenmaterial zu dieser Thematik ist besonders reichhaltig und facettenreich, so dass eine Grundausswahl getroffen wurde, um ein differenziertes, multiperspektivisches Bild von der Arbeit sowie den Arbeitern auf der Zeche Gneisenau im Zeitraum von 1960 bis zu Anwerbestopp 1973 zu erhalten. Die Materialien sind in den seltensten Fällen handschriftlich, dann aber meist gut lesbar, der überwiegende Teil jedoch liegt in gedruckter Form vor.

Zielrichtung eines Archivbesuchs

Für einen eintägigen Gang zu einem außerschulischen Lernort bieten diese Archivalien einen gelungen Überblick über die Thematik. Die Motivation der Gastarbeiter nach Deutschland zu kommen wird dabei ebenso deutlich, wie das Anliegen der deutschen Arbeitgeber, deren Erwartungen an die Gastarbeiter sowie deren Umgang mit diesen. Umgekehrt wird gleichzeitig ein Blick auf die Spätzeit der Gastarbeiter in Deutschland geworfen. So lassen sich kurz vor dem Anwerbestopp an den Abkehrlisten die Beweggründe der türkischen Belegschaftsangehörigen für das Verlassen des Werkes deutlich erkennen. Eine Erarbeitung des Themas wäre im Wesentlichen durch eine arbeitsteilige

Gruppenarbeit so zu bewältigen, dass ein vollständiger Überblick über die Gesamtzeit entsteht.

Allerdings ist die Quellenlage derartig ergiebig, dass es lohnend und empfehlenswert ist, dieses Thema auch in seiner ganzen Komplexität im Rahmen eines mehrtägigen Archivbesuchs zu erfassen und zu erarbeiten. Eine Erweiterung um zusätzliche Themenkomplexe ist dabei denkbar. Die Themengebiete „Familienheimfahrten“ und „Familienzusammenführung“ können hierbei ebenso ein Arbeitsbereich sein, wie auch das nicht immer konfliktfreie Zusammenleben der fremden wie der deutschen Arbeiter im Betrieb und in der Freizeit.

Quellen

Direktor Jacob Triem¹ an den Unternehmensverband Ruhrbergbau betr. Arbeitskräfte aus Spanien für den deutschen Steinkohlebergbau, Essen, 2. Februar 1961
WWA F 79 Nr. 996 (rot)

Da der Aachener Bergbau bzw. der EBV² dem Landesarbeitsamt die erste Meldung

1 Arbeitsdirektor des EBV.

2 Eschweiler Bergwerks-Verein.

für bergbauliche Arbeitskräfte aus Spanien überreicht hat und ich von Anfang an mich bei verschiedenen in- und ausländischen Dienststellen bemüht habe, daß unsere Bedarfsmeldung zum Zuge kommt, darf ich vielleicht folgendes berichten:

Nach meinen Erfahrungen stimmen die offiziellen spanischen Verlautbarungen mit der wirklichen Sachlage nicht überein. Die Meldung beispielsweise, daß in Belgien 2000 Bergleute aus Spanien arbeitslos seien, stimmte nicht und die Behauptung, daß in den spanischen Bergbaugebieten 5–6000 arbeitslose Bergleute vorhanden seien, hat sich nach meinen Beobachtungen an Ort und Stelle auch nicht als richtig erwiesen. In Penoroya³ sind bis jetzt nur 350 Interessenten spanischerseits ärztlich untersucht. Was nach der deutschen ärztlichen Untersuchung davon übrig bleibt, muß abgewartet werden. Wenn die ersten Bedarfsmeldungen mit dieser Zahl erledigt werden, haben wir Glück.

In der Provinz Ciudad Real,⁴ die bei allen offiziellen Besprechungen eine große Rolle spielte, konnte man mir überhaupt keine konkreten Zahlen nennen bzw. Hoffnungen machen. Einesteils verständlich, weil dort eine hochmoderne Staatszeche mit ca. 6000 Arbeitskräften in Betrieb ist. So bleibt nur das Gebiet Sevilla, das Herr Dr. Keinzel näher erforschte. Man betonte immer wieder, daß Spanien ungelernte Arbeiter abgeben könnte und abgeben will. Inwieweit hinter diesen Beteuerungen konkrete Möglichkeiten stecken, muß abgewartet werden.

Aus all diesen Gründen wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dafür sorgen könnten, daß seitens des Unternehmensverbandes für eine realistische Beurteilung der Sachlage eingetreten werden könnte. Vielleicht sollte man es den einzelnen Unternehmensleitungen überlassen, ihren Bedarf bei der Außenstelle Bergbau anzumelden, damit dann diese Stelle die weiteren Möglichkeiten erforscht.

Wenn wir von Spanien einen größeren Zuzug erhoffen, dann muß vor allen Dingen daran gedacht werden, daß vorwiegend verheiratete Arbeitskräfte kommen, die wohnmäßig kurzfristig untergebracht werden

sollen bzw. müssen. Nur wenn diese Zuwanderer in Arbeit, Lohn und Unterbringung zufrieden gestellt werden, besteht überhaupt die Möglichkeit, weitere Arbeitskräfte aus Spanien zu erhalten. Spanien ist, wie Sie wissen, ein Land, das autoritär regiert wird. Erfreulicherweise fanden wir bei den Regierungsstellen einen guten Empfang und die Zusage jeglicher Unterstützung. Dieses Entgegenkommen verpflichtet, obgleich – wie ich eingangs schon betont habe – man in Madrid offenbar keine genauen Unterlagen über die Realitäten und Möglichkeiten auf dem platten Lande hat. Es ist aber nach unseren Erfahrungen schon viel gewonnen, wenn es uns möglich bleibt, spanische Arbeitskräfte auf legalem Wege hereinzuholen. [...]

Zum Schluß: Sollte es dahin kommen, daß mehrere Zechenleitungen Spanier in nennenswertem Maße übernehmen, dann halte ich einen systematischen Erfahrungsaustausch für sehr wichtig, weil Spanien und seine Bewohner Eigenarten aufweisen, die uns nicht geläufig sind, die wir aber in irgendeiner Form respektieren müssen, wenn wir eine erfolgreiche Daueraktion erhoffen.

In der Hoffnung, Ihnen mit diesem Hinweis gedient zu haben, verbleibe ich mit freundlichem Glückauf!

Anlage 2: Vermerk betr. spanische Arbeitskräfte für den deutschen Steinkohlenbergbau, Essen, 7. Februar 1961

Angesichts der unausweichlichen Notwendigkeit, im deutschen Steinkohlenbergbau ausländische Arbeitskräfte einzustellen, haben mehrere Bergwerksgesellschaften die Absicht, in nächster Zukunft spanische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Aus verschiedenen Gründen, die hier nicht untersucht werden sollen, schwindet das Interesse des deutschen Steinkohlenbergbaus an italienischen Arbeitskräften, und es sind Anzeichen vorhanden dafür, daß sich das Schwergewicht mehr und mehr auf griechische und spanische Arbeitskräfte verlagern wird.

Ein bemerkenswerter Unterschied und Vorteil für den deutschen Steinkohlenbergbau liegt bei den spanischen Arbeitskräften darin, daß wir aus Spanien u. a. spanische Bergleute anwerben können. Nach Stabilisierung der Währung ist die spanische Industrie lahmgelegt und der spanische Bergbau hat nur beschränkte Absatzmöglichkeiten. Meh-

3 Peñarroya: eine Stadt in der Provinz Córdoba (Andalusien).

4 Provinz in der Autonomen Region Kastilien-La Mancha im Zentrum Spaniens.

rere spanische Zechen werden wegen auslaufender Förderkapazität und wegen der Unmöglichkeit der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen stillgelegt, was zu einem Notstand der spanischen Bergleute führt und die Entstehung von Unruheherden befürchten läßt. Bei seinen Werbemaßnahmen sollte der deutsche Bergbau dort werben, wo spanische Zechen zur Stilllegung kommen. Nach dem Wunsch des spanischen Arbeitsministeriums sollen wir uns auf die südlich von Madrid gelegenen Kohlenprovinzen festlegen und von jeder Abwerbung Abstand nehmen. Aus diesen Gründen, die in Spanien unsererseits berücksichtigt werden müssen und die im folgenden noch ergänzt werden, muß eine unmittelbare Werbung seitens unserer Zechengesellschaften in Spanien unterbleiben.

In Verfolg der in Spanien seitens der Vertreter des deutschen Steinkohlenbergbaus geführten Besprechungen wird die Empfehlung ausgesprochen, daß die interessierten Zechengesellschaften ihren Bedarf bzw. die namentlichen Anforderungen über die Außenstelle Bergbau und gleichzeitig auch unmittelbar an die deutsche Kommission in Madrid schriftlich mitteilen. Eine kurze Benachrichtigung hierüber wird an den UVR⁵ erbeten. Die spanischen Bewerber werden zuerst von spanischen Ärzten voruntersucht. Über das Ergebnis wird die deutsche Kommission unterrichtet, worauf der deutsche Arzt der deutschen Kommission die endgültige Untersuchung vornimmt. Die deutsche Kommission in Spanien wird sodann die interessierten Bergwerksgesellschaften darüber verständigen, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Ort die Arbeitskräfte ausgewählt werden können. Anschließend daran werden die spanischen Behörden die erforderlichen Reisepapiere ausstellen. Die interessierten Zechengesellschaften werden gebeten, die ausgefüllten Arbeitsverträge der deutschen Kommission zuzusenden. Es ist vorgesehen, daß die einzelnen Transporte in Gruppen bis zu 80 Mann so abgefertigt werden, daß sie womöglich nicht gerade am Wochenende in der Sammelstelle Essen-Heisingen eintreffen. Ein Transportführer wird die Untersuchungsergebnisse mitbringen. Die in Spanien angefertigten Röntgenbilder können in der Sammelstelle Heisingen aus technischen

Gründen nicht ausgewertet werden und werden daher bei der deutschen Kommission in Spanien zurückgehalten.

Vielfach sind die spanischen Arbeitskräfte nicht, in der Lage, die für die spanische amtsärztliche Untersuchung vorgeschriebene Gebühr in Höhe von jeweils rund 15 DM aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Die Übernahme dieser Kosten wird den Zechengesellschaften empfohlen, umso mehr als bereits Präzedenzfälle geschaffen worden sind.

Mitteilungen der spanischen Behörden zufolge werden dem deutschen Steinkohlenbergbau in der nächsten Zeit etwa 6.700 spanische Bergleute zur Verfügung gestellt werden können. [...]

Wir hatten Gelegenheit, in der Nähe von Belmez (etwa 80 km von Cordoba) eine stillgelegte Zeche und in der Gemeinde Peñarroya⁶ eine Bergarbeiter-Siedlung zu besichtigen. Ein Bergarbeiter führte uns in seine Wohnung, deren Eigentümer die Zeche ist. Die Bergmannswohnung besteht aus 1 Wohnraum, 3 Schlafräumen (Kinder schlafen nach Geschlechtern getrennt), 1 Küche, kleinem Hof mit Ablagekammer und Hühnerstall auf einem Geviert von etwa 100 qm. Der Lohn des spanischen Bergarbeiters beträgt pro Schicht 150 Pesetas, das sind rund 10,50 DM; hinzu kommt noch eine Gewinnbeteiligung. Diese wird aufgrund behördlicher Feststellung des Produktionsziffern-Indexes für die verschiedenen Wirtschaftskategorien errechnet. Dieses Verfahren erscheint einem Außenstehenden recht kompliziert

Unser Besuch löste in der Bergmanns-siedlung großes Aufsehen aus. Die Nachricht über Möglichkeiten, im deutschen Bergbau beschäftigt zu werden, wurde mit sichtlicher Befriedigung aufgenommen. Es wird damit gerechnet, daß in Peñarroya bis zu 1.500 Bergleute für den deutschen Steinkohlenbergbau zur Verfügung gestellt werden können. Nach vorsichtiger Schätzung würden wegen Überschreitung der Altersgrenze und wegen Silikose⁷ etwa 50 v.H. zurückgestellt werden müssen. [...]

In Sevilla wird ebenfalls eine Zeche (Minas de la Reunion) stillgelegt, und es wird Zug um Zug mit der Entlassung von insgesamt etwa 2.000 spanischen Bergleuten ge-

6 Ort ganz in der Nähe von Belmez.

7 Auch „Staublunge“ genannt, eine typische Berufskrankheit von Bergleuten.

5 Unternehmensverband Ruhrbergbau.

rechnet. Augenblicklich sind hier nach erfolgter Auslese und ärztlicher Untersuchung von etwa 140 Bergleuten 83 Bergleute abrufbereit.

Sollte der Bedarf des deutschen Steinkohlenbergbaus sich aus den Reihen der zur Entlassung kommenden spanischen Bergleute nicht decken lassen, könnte man in erster Linie auf die aus den spanischen Bergbaurevieren kommenden sonstigen Arbeitskräfte, denen die bergmännische Arbeit bekannt ist, zurückgreifen. Die spanischen Behörden haben auf diese Möglichkeit ausdrücklich hingewiesen und ihre Erwartung ausgesprochen, daß der Bedarf des deutschen Steinkohlenbergbaus an Arbeitskräften nicht ausschließlich auf spanische Bergleute beschränkt bleiben wird. [...]

Auf ausdrücklichen Wunsch des spanischen Arbeitsministeriums scheiden Arbeitskräfte für den deutschen Steinkohlenbergbau aus den von Madrid nördlich gelegenen Provinzen Asturien, Leon und Katalonien grundsätzlich aus, obwohl hier eine ganze Reihe von Bergbaurevieren genannt wurden wie Mina Marquez de Comillas, Mieres, Ujo, Santa Cruz de Mieres, Masta Moreda, Sama de Langrea, Rembibre und La Magdalena. Wie uns bedeutet wurde, sollte in diesen Gebieten von Werbemaßnahmen unsererseits Abstand genommen werden, weil sie als Abwerbung ausgelegt und tiefgreifende Beunruhigung in den Reihen der Unternehmer wie der Arbeiter befürchten lassen. Es handelt sich hier um traditionelle spanische Bergbaugebiete. Unter der Arbeiterschaft sind zahlreiche linksradikale Elemente tonangebend. Die spanische Mundpropaganda lautet: „Sie zeigen uns Spaniern, daß wir hungern, und sie bereiten die Revolution bei uns vor“. [...]

Gelegentlich wurde auch über die Möglichkeit gesprochen, spanische Jugendliche im Alter unter 18 Jahre im deutschen Steinkohlenbergbau aufzunehmen, sei es als Berglehrlinge oder Jungarbeiter. Dieses Problem wurde jedoch nicht weiter erörtert, weil zunächst einmal das Regierungsabkommen die Altersgrenze nach unten festgelegt hat. Sollte im Laufe der kommenden Monate ein Nachzug der Familienangehörigen der spanischen Bergleute erfolgen, dann stünde dem nichts entgegen, daß ihre Söhne als Berglehrlinge oder als Jungbergleute in den deutschen Bergbau aufgenommen werden könnten. [...]

Spanischerseits ist eine gewisse Zurückhaltung in der Abwicklung der Auslese und der Transporte von spanischen Bergleuten für den deutschen Steinkohlenbergbau erkennbar. Auf beiläufige Bemerkungen unsererseits über die zögernde Abwicklung der Formalitäten wurde uns versichert, daß die Formalitäten bis zum Abtransport der ausgewählten Bergleute auf eine Frist von 21 Tagen herabgesetzt werden könnten, und wenn erst einmal die brieflichen Nachrichten der bereits im deutschen Bergbau tätigen spanischen Bergleute über die Arbeit, das Unterkommen und den Lohn günstig lauten würden, dürfte mit einer stockungsfreien Vermittlung der spanischen Arbeitskräfte mit Sicherheit zu rechnen sein. [...]

Wegen entsprechender geistlicher Betreuung der spanischen Bergleute hat die deutsche Kommission in Madrid mit der katholischen Kirche Spaniens Verbindung aufgenommen.

Den interessierten Zechen wird empfohlen, für eine genügende Zahl von Dolmetschern, insbesondere in der ersten Zeit Sorge zu tragen. Ebenso erscheint empfehlenswert die Einstellung von einigen Köchen. Den interessierten Gesellschaften wird die Anschaffung von spanischen Zeitungen und Illustrierten vorgeschlagen. [...]

Schließlich möchten wir nicht unterlassen, aufgrund von persönlichen Informationen und Beobachtungen unverbindlich einiges zur Frage des Nationalcharakters des Spaniers zu sagen. Der Spanier hat ein ausgeprägtes Nationalgefühl. Er ist sehr fromm und gottesfürchtig; er ist höflich und genügsam, für kleine Aufmerksamkeiten besonders aber für Anerkennung sehr empfänglich; er ist ruhig und beherrscht. Der Spanier liebt es, in kleinen Zirkeln und in Freundeskreisen zu disputieren, zu allen Fragen des Alltags Stellung zu nehmen – er *muß* reden und die Zeitungen lesen. Er legt Gewicht auf Anstand und gutes Benehmen, dazu ist er individualistisch, stolz und empfindlich. Entsprechende Behandlung am Arbeitsplatz wie auch außerhalb desselben dürfte für seine Anpassung an die deutschen Verhältnisse ausschlaggebend sein. Sein Reaktionsvermögen in überraschenden Situationen ist erstaunlich. Auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in den zahlreichen Bars und Kaffees gehen und stehen Gruppen von Männern jeden Alters und führen lebhaftes Gespräch.

Seltener erscheint die spanische Frau im Bild der Öffentlichkeit, es sei denn, auf dem Weg zum Arbeitsplatz, zur Kirche oder ins Theater. Der Spanier ist kinderliebend mit ausgeprägtem Familiensinn. Wie uns versichert wurde, soll es keine Seltenheit sein, daß in spanischen Familien der Kindersegen 10 Köpfe übersteigt. [...]

Neben viel Reichtum sieht man im Land sehr viel Armut. Neben den prunkvollen

Palästen der außergewöhnlich zahlreichen Bankinstitute sind die armseligen Behausungen der armen Volksschichten in den Außenbezirken der Stadt und auf dem Land nicht zu übersehen. [...] Inländisches Kapital ist allem Anschein nach zwar vorhanden, ist aber wenig investitionsfreudig und liegt brach. Vielleicht auch deshalb, weil die sozialen Schichtungen der Bevölkerung dem Fortschritt hinderlich im Wege stehen.

Handschriftliches
Bewerbungsschreiben
von Macit Atlan als Elek-
triker, Bursa,
22. März 1961
WWA F 79 Nr. 996 (rot)

Mein Lebenslauf Bursa den. 22.3.1961

Am 15.11.1931 wurde ich, Macit Altan, als Sohn des Beamten Ismail Altan und seine Ehefrau Edibe Altan in Sarköy, Türkei geboren.

Vom Oktober 1938 bis Mai 1944 besuchte ich die Volksschule in Sarköy.

Anschließend absolvierte ich vom Oktober 1944 bis Mai 1949 die Mittelschule in Antalya.

Vom Oktober 1950 bis Mai 1952 nahm ich am Unterricht in der Gewerbeschule teil und legte im Mai 1952 meine Prüfung als Elektriker ab.

Ab August 1952 war ich bei der Staatlichen Schiffsinstandhaltung Werft bei Izmit, bis September 1954 als Schiffselektriker beschäftigt. Im Februar 1955 von einer türkischen Firma als Elektriker eingestellt nach einer 18 Monate dauernden Informationslehrgang durch Deutsche Elektrowerke geschickt, ich hatte dabei große Gelegenheiten meine Fachkenntnisse zu erweitern.

Nach der Beendigung des Informationslehrganges kam ich in der Türkei, und zur Zeit beschäftigt ich in einem Dampfkraftwerk.

Der Grund zum Verlassen der Türkei liegt darin, weil die Arbeits und Ausbildungsmöglichkeiten hier verhältnismäßig schlecht sind und ich mir davon in Deutschland mehr verspreche.

Nebenbei möchte ich noch bemerken, daß ich mir bei meinem Aufenthalt in Deutschland sowie auch durch Selbstunterricht die deutsche Sprache soweit aneignen könnte, daß Sprachschwierigkeiten nicht befürchten sind.

Sollte ich die Möglichkeit haben bei Ihnen irgendwo bei einer Firma als Elektriker, in Montage, in einem Dampfkraftwerk arbeiten zu dürfen, so würde ich mich immer bemühen durch besonderen Fleiß hervorzutreten. Ich schicke zwei Lichtbilder mit.

meine Adresse:
MACIT ALTAN
YESIL SANCILIK sok. No: 4
BURSA
TÜRKİE

Zoeche Victoria
Lünen
1. APR. 1961
1100

1. ☒ z. Kenntnis
2. ☒ z. Bescheinigung

Antwortschreiben der
Verwaltung der Zeche
Victoria in Lünen auf die
Bewerbung von Macit
Altan, 20. April 1961
WWA F 79 Nr. 996 (rot)

		Herrn Macit Altan Yesil Sancı Sok. No. 4 <u>B U R S A - T Ü R K E I</u>
27.3.61	T/F1	20. April 1961
<u>Ihre Bewerbung</u>		Bundesrepublik Deutschland
Wir danken Ihnen für Ihre Bewerbung und teilen Ihnen mit, daß wir bereit sind, Sie als Betriebselektriker für unseren Tagesbetrieb, der auch ein Dampfkraftwerk einschließt, einzustellen. Eine ausschließliche Beschäftigung in unserem Kraftwerk ist jedoch nicht möglich. Die Probezeit beträgt 3 Monate. Der Tariflohn der Elektriker beträgt zurzeit 21,45 DM bei 8¼ Stunden tägl. Arbeitszeit und 5 Arbeitstagen in der Woche. Wir möchten noch erwähnen, daß wir nur Arbeitskräfte einstellen, die auch bereit sind, längere Zeit bei uns zu bleiben. Falls Sie sich entschließen, bei uns zu arbeiten, bitten wir Sie, sich nach Ihrem Eintreffen in Lünen bei unserem Herrn Tagesbetriebsführer Alberts zu melden.		
G l ü c k a u f !		
		

Schreiben der Ruhrkohle AG an die Bergbau
AG Dortmund betr. Vermittlung ausländi-
scher Arbeitskräfte, Essen, 10. März 1970
WWA F 79 Nr. 998 (rot)

Die Arbeitsverwaltung hat uns bestätigt, daß sie in der Lage ist, die für das Jahr 1970 gewünschten Vermittlungen an ausländischen Arbeitern aller Voraussicht nach in der entsprechenden Anzahl durchführen zu können.

In der Anlage überreichen wir Ihnen den berichtigten Zeitplan über die Anforderung von ausländischen Arbeitskräften für die zu Ihrer Betriebsführungsgesellschaft gehörenden Werksdirektionen. Die für den Monat März genannten Anforderungen, die nicht mehr realisierbar sind, haben wir auf die Monate April und Mai 1970 verteilt.

Der Arbeitsverwaltung gegenüber mußten wir die verbindliche Erklärung abgeben,

daß für die angeforderten ausländischen Arbeitskräfte die erforderliche Anzahl an Unterkünften zu dem jeweils genannten Zeitpunkt zur Verfügung steht. Wir bitten Sie deshalb, ganz besondere darauf zu achten, daß diese Auflage der Arbeitsverwaltung jederzeit erfüllt ist. Sollte eine Ihrer Werksdirektionen nicht in der Lage sein, die angeforderte Anzahl von ausländischen Arbeitskräften unterzubringen, bitten wir rechtzeitig um eine entsprechende Mitteilung, damit dann der Auftrag geändert und die Vermittlungsquote entsprechend reduziert werden kann.

(Gruppe 6)

Zeitplan für die Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte im Jahr 1970

[illegible]

**Tabellarische Übersicht
zum Schreiben der Ruhr-
kohle AG an die Bergbau
AG Dortmund betr. Ver-
mittlung ausländischer
Arbeitskräfte, Essen,
10. März 1970**

WWA F 79 Nr. 998 (rot)

Konzernrichtlinien der Ruhrkohle AG für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, Essen, 5. Februar 1971

WWA F 79 Nr. 998 (rot)

Diese Richtlinien gelten ab 1. Februar 1971. Sie beschränken sich auf die wichtigsten Bestimmungen für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern. Eine Vervollständigung durch die Regelung weiterer Punkte ist zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

1. Anforderung und Vermittlung

Grundsätzlich sind alle anonymen und namentlichen Anforderungen von ausländischen Arbeitern durch die zuständige Bergbaugesellschaft an die Ruhrkohle AG, ZB 1, in Essen zu richten, die zentral für alle Betriebe diemittlungsaufträge beim Stützpunkt-Arbeitsamt Essen stellt. Bei der Auswahl der Bewerber in den Anwerbeländern (mit Ausnahme von Korea) wirkt in der Regel ein Beauftragter der RAG mit.

2. Arbeitsvertrag

[...] Die einjährigen Arbeitsverträge mit Türken, Jugoslawen u. a. sowie der dreijährige Arbeitsvertrag mit Koreanern beginnen mit dem Tage des Eintreffens des Arbeitnehmers am Beschäftigungsort.

3. Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis

Ausländische Arbeiter dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis des zuständigen Arbeitsamtes und einer gültigen Aufenthaltserlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde sind. Soweit Ausländer durch die Deutschen Kommissionen und Verbindungsstellen im Ausland vermittelt werden, ersetzt die ausgehändigte Legitimationskarte für die Dauer ihrer Gültigkeit die Arbeitserlaubnis. [...]

6. Erste bezahlte Schicht

Grundsätzlich gilt der Tag der Anlegung⁸, zu der auch die Einführung in den Betrieb gehört, als erste bezahlte Schicht.

7. Beschäftigung über Tage

Während der Tätigkeit über Tage ist der ausländische Mitarbeiter entsprechend den erteilten Ausnahmegewilligungen und dem

„Plan zur Ausbildung bergfremder Personen über 18 Jahre im Steinkohlenbergbau für die Beschäftigung unter Tage“ auszubilden. Er darf in der neben dem Sprachunterricht verbleibenden Zeit nicht auf der Hängebank, im Eisenbahnbetrieb, im Ofenbetrieb der Kokereien und in der Aufbereitung – mit Ausnahme von Arbeiten am Leseband⁹ und von Reinigungsarbeiten außerhalb des Gefahrenbereiches laufender Maschinen – beschäftigt werden. Seine Ausbildung soll in bergmännischen Grundfertigkeiten und anderer dem geplanten späteren Einsatz entsprechender Kenntnis- und Fertigkeitsvermittlung erfolgen. Die Tätigkeit über Tage dient einer sinnvollen Vorbereitung für die praktische Ausbildung unter Tage. Eine Beschäftigung im Platzbetrieb oder in anderen Bereichen muß diesem Gesichtspunkt Rechnung tragen.

8. Sprachunterricht

Während der Tätigkeit über Tage erfolgt der Sprachunterricht innerhalb der Schichtzeit. Soweit während der Ausbildung unter Tage der bergbehördlich vorgeschriebene Sprachunterricht außerhalb der Schichtzeit erfolgt, wird ein Betrag von DM 4,50 für jede Unterrichtsstunde von den Betrieben den Teilnehmern vergütet und über Lohnliste verrechnet.

9. Vorschuß

Am Tage der Anlegung kann Vorschuß in folgender Höhe gezahlt werden:

a)	bis zu DM 50,--	bei Voll- verpflegung	im Wohnheim
b)	bis zu DM 100,--	bei Teil- verpflegung	im Wohnheim
c)	bis zu DM 150,--	bei Selbst- verpflegung	im Wohnheim

Weitere Vorschüsse, die in der Regel erst ab 10. verfahrenere Schicht zu gewähren sind, richten sich nach dem Zeitraum bis zur ersten Lohnzahlung. Insgesamt sollen die bis dahin gezahlten Lohnvorschüsse folgende Beträge nicht übersteigen:

a)	DM 200,--	bei Voll- verpflegung	im Wohnheim
b)	DM 250,--	bei Teil- verpflegung	im Wohnheim
c)	DM 300,--	bei Selbst- verpflegung	im Wohnheim

⁸ Anlegung: Ankunfts-, wie erster Arbeitstag im Betrieb.

⁹ Förderband, über das die Kohle transportiert wird, um unbrauchbares Gestein auszusortieren.

Die Einbehaltung des gezahlten Vorschusses soll vom ersten voll abgerechneten Monat an in Monatsraten bis zu längstens 6 Monaten erfolgen. [...]

11. Familienheimfahrten

Anspruchsberechtigt sind ausländische verheiratete Belegschaftsmitglieder sowie solche, die als Haupternährer anerkannt sind (siehe Vereinbarung über die Gewährung von Familienheimfahrten im Ruhrbergbau in der Fassung vom 5.2.1962).

Ledige, die den Verheirateten nicht gleichgestellt sind, haben keinen tarifvertraglichen Anspruch auf Familienheimfahrt.

a) Dauer

Für Familienheimfahrten wird eine unbezahlte Schicht je Kalendermonat gewährt. Der Familienheimfahrtsanspruch entfällt in dem Erwerbszeitraum, in dem Tarifurlaub in Anspruch genommen wird (in den Fällen, wo der Urlaub geteilt wird, gilt dies nur für den Erwerbszeitraum, in dem der erste Teil des Urlaubs gewährt wird). Bei voller Inanspruchnahme des Tarifurlaubs und der Familienheimfahrtstage (insgesamt $20 + 11 = 31$ Arbeitstage) ist im unmittelbaren Anschluß daran kein zusätzlicher unbezahlter Urlaub zu gewähren. Bei Anspruch auf nur anteiligen Tarifurlaub und Familienheimfahrt kann dieser Urlaub durch unbezahlte Urlaubstage bis zu einer Gesamtdauer von 31 Arbeitstagen aufgestockt werden. Ledigen kann in begründeten Ausnahmefällen eine unbezahlte Freizeit bis zur Dauer einer Woche gegeben werden.

b) Fahrtkosten

Die tatsächlich entstandenen Fahrtkosten zum Heimatort des Ausländers werden bis zu DM 300,- jährlich übernommen (Tarifvertrag vom 5.2.1962 über die Änderung der „Vereinbarung über die Gewährung von Familienheimfahrten“). Dabei ist es gleichgültig, ob als Verkehrsmittel Flugzeug oder Eisenbahn benutzt werden. Die Erstattung erfolgt nach Rückkehr gegen Vorlage der Fahrtausweise und ist steuerfrei. Bei etwaigen Gemeinschaftsflügen, die von der Ruhrkohle AG oder von den einzelnen Bergbaugesellschaften im Namen und für Rechnung der ausländischen Arbeitnehmer vermittelt werden, wird der Eigenanteil über die Lohnliste einbehalten. Bei der Bestellung der Flugkarten für Gemein-

schaftsflüge ist das Reisebüro unter Angabe der Teilnehmer darauf hinzuweisen, daß die RAG oder die jeweilige Bergbaugesellschaft im Namen und für Rechnung dieser Teilnehmer tätig wird. Benutzt der Urlauber seinen eigenen Pkw für die Familienheimfahrt, so wird ihm ein Betrag in Höhe der Eisenbahnfahrtskosten II. Klasse bis zum Heimatort, höchstens jedoch bis zu DM 300,-, vergütet. Dieser Betrag ist steuerpflichtig. Die Erstattung erfolgt in diesem Fall nach Rückkehr gegen Vorlage des Reisepasses mit dem Stempel der Paßbehörde des Heimatlandes. Dem in einem Pkw mitfahrenden ausländischen Urlauber ist nach Rückkehr gegen Vorlage des Reisepasses mit dem Stempel der Paßbehörde des Heimatlandes ein steuerpflichtiger Betrag von DM 100,- zu vergüten, womit für ihn als Mitfahrer der Jahresanspruch auf Erstattung der Kosten für die Familienheimfahrt abgegolten ist.

12. Kündigung

Der Abschluß des ein- bzw. dreijährigen Vertrages geht davon aus, daß die normalen Kündigungsbestimmungen in dieser Zeit nicht gelten. Der ausländische Arbeiter verpflichtet sich lt. Arbeitsvertrag, während der genannten Zeit bei dem Arbeitgeber als Bergarbeiter eine Tätigkeit dieser Art auszuüben. Für ihn wie für die Zechen gelten die normalen Kündigungsbestimmungen erst nach Ablauf des Vertrages. Eine Kündigung während des ein- bzw. dreijährigen Arbeitsvertrages ist zechenseitig nur möglich, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der Anlaß zu einer fristlosen Entlassung gibt. Abgesehen von solchen Gründen sowie dem Eintreten von Grubenuntauglichkeit oder dem willkürlichen Fernbleiben von der Arbeit an drei oder mehr aufeinander folgenden Schichten (siehe Arbeitsordnung) besteht sonst keine Möglichkeit, während der einjährigen Laufzeit vorzeitig den Vertrag zechenseitig zu kündigen. Bei Kontraktbruch und fristloser Entlassung eines Ausländers während der ein- bzw. dreijährigen Vertragsdauer sind das örtliche Arbeitsamt und die zuständige Ausländerbehörde sofort darüber zu unterrichten. Der Ausländer, dessen Beschäftigungsverhältnis nicht über die Vertragszeit hinaus weiter fortgesetzt werden soll, ist rechtzeitig, mindestens 14 Tage vorher, zechenseitig davon zu verständigen

Liste abgekehrter Türken
mit der Angabe von Ab-
kehrgründen¹⁰, 1. Januar
bis 22. März 1973

WWA F 79 Nr. W74

Abgekehrte Türken							
Anlage	Pers.-Nr.	Name, Vorname	angel.	beschäftigt als	Abkehr-Datum	Abkehrgrund	
<u>Gneis.</u>	1910	Karaman, Halil	14. 9.71	Neubergmann	8. 1.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1923	Ucar, Mehmet	14. 9.71	Neubergmann	31. 1.73	Berufswechsel,	geringer Verd.
	1937	Yildirim, Mehmet	7. 9.71	Bandwärter	1. 2.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1919	Özören, Mehmet	14. 9.71	Neubergmann	15. 2.73	Kontraktbruch,	will n. Opel
	1871	Sofu, Mehmet	15.10.70	Hauer	20. 2.73	Kontraktbruch,	will n. Opel
	1936	Czcelik, Zulfikar	7. 9.71	Neubergmann	20. 2.73	Kontraktbruch,	will n. Opel
	1920	Bulut, Celal	14. 9.71	Neubergmann	21. 2.73	Kontraktbruch,	will n. Opel
	1886	Özkan, Kazım	15.10.70	Neubergmann	31. 3.73	Berufswechsel,	geringer Verd.
	1887	Sekmen, Hikmet	15.10.70	Streckensicherungsarb.	31. 3.73	Berufswechsel,	geringer Verd.
	1865	Fidan, Süleyman	29. 9.70	Bandwärter	4. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1880	Akgül, Mustafa	15.10.70	Gleisbauarb.	6. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1883	Korkmaz, Hasan	15.10.70	Hauer	6. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1888	Güngör, Mehmet	15.10.70	Bandwärter	6. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1889	Kavgacı, Mehmet	15.10.70	Bandwärter	6. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
	1935	Güllec, Hüseyin	7. 9.71	Neubergmann	15. 4.73	Berufswechsel,	geringer Verd.
	1857	Sengül, Ahmet	29. 9.70	Betonierer	31. 3.73	Berufswechsel,	geringer Verd.
<u>Scharnh.</u>	6516	Akkus, Ali-Osman	21. 9.71	Transportarb.	31. 3.73	Berufswechsel,	geht z. Binnen-schiffahrt
	6543	Özyer, Zihni	4. 5.72	Hauer	2. 4.73	Kontraktbruch,	Papiere wurden noch nicht abgeholt
	6531	Temel, Sedat	29. 3.72	Neubergmann	9. 1.73	fristl. entlassen,	Schlüßgerei
	6504	Orhan, Niyazi	21. 9.71	Neubergmann	15. 1.73	Berufswechsel,	Ziel unbek.
	6506	Erarslan, Hüseyin	9. 6.70	Hauer	28. 2.73	zweiseitig gekündigt,	schlechtes Schichtenbild
	6532	Yilmaz, Muhammed	25. 6.70	Hauer	28. 2.73	geht nach Haus Aden	
	6535	Durmusoglu, Hakkı	14. 8.72	Neubergmann	15. 3.73	geht nach Hoesch	
	6277	Yanik, Kemal	7. 6.71	Neubergmann	31. 3.73	Berufswechsel,	geht n. Hannov.
	6276	Hamurca, Ahmet	7. 6.71	Neubergmann	15. 4.73	Berufswechsel,	geht nach Hoesch
	6205	Tamrikulu, Rasit	21. 9.71	Transportarb.	15. 4.73	Kontraktbruch,	Papiere wurden noch nicht abgeholt
<u>Eurl III</u>	6234	Özsoy, Mustafa	9. 6.70	Hauer	5. 1.73	beid. Einvern. nach Hoesch	
	6253	Akpınar, Ibrahim	28. 5.71	Neubergmann	15. 1.73	zweiseitig gekündigt,	schlechtes Schichtenbild
	6271	Uyar, Durmus	7. 6.71	Neubergmann	15. 1.73	zech. gek. schl. Schichtenbild	
	6295	Söğütgüllü, Ahmet	21. 9.71	Neubergmann	15. 1.73	zech. gek. schl. Schichtenbild	
	6233	Ipek, Eadir	21. 9.71	Neubergmann	30. 1.73	Kontraktbruch,	Ziel unbekannt
	6222	Keskin, Halim	1.12.71	Neubergmann	5. 2.73	Kontraktbruch,	Montagefirma
	6256	Ügüt, İshak	28. 5.71	Neubergmann	15. 2.73	Kontraktbruch,	geht n. Opel
	6258	Törük, Nevitt	28. 5.71	Neubergmann	21. 2.73	Kontraktbruch,	Metallfabrik
	6216	Canti, Recep	9. 6.70	Hauer	28. 2.73	zech. gek. schl. Schichtenbild	
	6221	Aytas, Dursun	1.12.71	Hauer	15. 3.73	geht nach Hoesch	
<u>Victoria</u>	8320	Atali, Hasan	9. 9.70	Hauer	2. 1.73	Kontraktbruch,	Url. überzogen
	8133	Akgün, Kazım	16.11.72	Hauer	28. 2.73	Berufswechsel,	zur. z. Türkei
	8443	Şirgöl, Aziz	9. 9.70	Hauer	7. 3.73	Kontraktbruch,	von Urlaub nicht zurück
	7646	Karagöz, Fik	7. 9.71	Neubergmann	15. 3.73	eig. Wunsch,	Ziel unbekannt
	7861	Uyar, Ömer	7. 9.71	Neubergmann	15. 3.73	Berufswechsel,	Ziel unbekannt
	7830	Arslan, Filiz	7. 9.71	Neubergmann	15. 3.73	Berufswechsel,	Ziel unbekannt
	8163	Terzi, Yakup	9. 2.70	Hauer	5. 4.73	Kontraktbruch,	Url. überzogen
	8331	Tardin, Mehmet	9. 9.70	Neubergmann	10. 4.73	Kontraktbruch,	Url. überzogen
	8398	Henekse, Hüseyin	7. 9.71	Neubergmann	16. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
						geht nach Hoesch	
	8603	Ceztürk, Muhammed	7. 9.71	Neubergmann	17. 4.73	Kontraktbruch,	geringer Verd.
						geht nach Hoesch	

10 Abkehr = Kündigung auf Wunsch des Arbeitnehmers.

Schreiben der Personalabteilung der Bergbau AG Dortmund an die Werksdirektion Gneisenau betr. Abgangsentwicklung von Ausländergruppen, 7. Juni 1973
WWA F 79 Nr. W74

Als Anlage übersenden wir Ihnen Aufstellungen mit den Ergebnissen der Erhebungen über das Abgangsverhalten der zentral von RAG angeforderten Ausländer. In den Übersichten sind die in den einzelnen Monaten bei der Bergbau AG Dortmund angelegten Ausländer zu Gruppen zusammengefaßt und hinsichtlich ihres Abgangsverhaltens bis Dezember 1972 beobachtet worden. Die Prozentzahl gibt an, wieviele der ausländischen Arbeitskräfte am 31. 12. 1972 noch bei uns beschäftigt waren. Darüber hinaus ist in den Übersichten der Ablauf des Vertragsjahres besonders kenntlich gemacht.

Von den in der Zeit von Mai 1970 – September 1971 angelegten 1.121 Türken waren bis zur Erfüllung des Vertrages noch 1.079 = 96,3 % beschäftigt. Die Zahl verringerte sich nach Ablauf

von 12 Monaten auf 982 = 87,6 % und
von 15 Monaten auf 887 = 79,1 %.

In den Folgemonaten ist je Anlegegruppe ein weiteres stetes Absinken zu verzeich-

nen gewesen, so daß von den bis Dezember 1970 angelegten 687 Türken am Ende eines Beschäftigungszeitraumes von 2 Jahren nur noch 48,8 % in einem Arbeitsverhältnis standen.

Im Gegensatz zu den für die Werksdirektion Victor-Ickern¹¹ angeworbenen Jugoslawen, von denen innerhalb der ersten 12 Monate bereits 72,3 % abgekehrt waren, können die Türken als vertragstreu angesehen werden. Das Abgangsverhalten der ebenfalls bei der Werksdirektion Victor-Ickern angelegten Koreaner kann mit dem der anderen Ausländergruppen nicht verglichen werden, da sie an Dreijahresverträge gebunden sind. Bei ihnen ist in dem Beobachtungszeitraum deshalb nicht so ein starkes Abkehrverhalten zu verzeichnen.

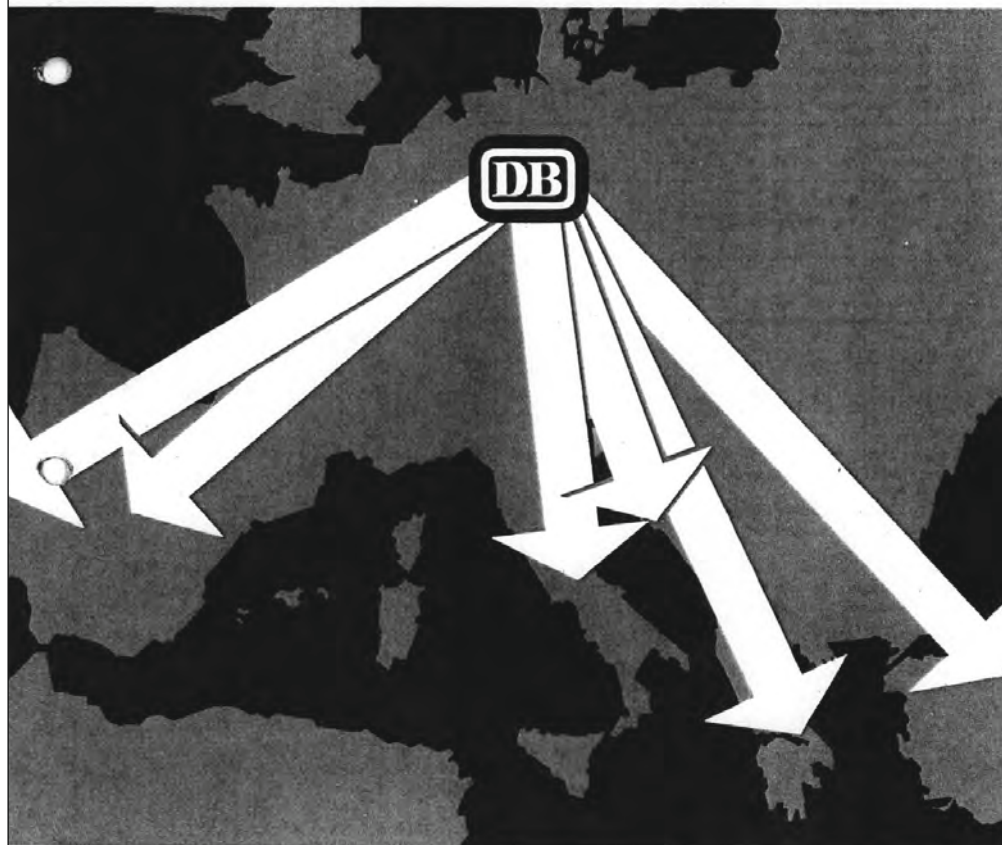
In den ersten Monaten dieses Jahres war zu erkennen, daß in verstärktem Maße türkische Arbeitskräfte ausscheiden. Auffallend dabei ist die hohe Zahl der Vertragsbrüche. Befragungen hinsichtlich des Abkehrgrundes und der weiteren Beschäftigung führten zu unterschiedlichen Ergebnissen. Vielfach wurde als Argument ein zu niedriger Verdienst genannt. Einige gaben als neue Arbeitsstelle die Adam Opel AG bzw. die Hoesch AG an. Von der Hoesch AG ist uns bekannt, daß sie ausländische Arbeiter insbesondere für die Westfalenhütte benötigt.

11 Schachtanlage in Castrop-Rauxel.

Fahrpläne der Sonder-
züge für ausländische
Arbeitnehmer vor Weih-
nachten 1971 und nach
Neujahr 1972,
November 1971
WWA F 79 Nr. 998 (rot)

FAHRPLÄNE

**der Sonderzüge für
ausländische Arbeitnehmer
vor Weihnachten 1971
und nach Neujahr 1972**



**Beilage zum
DB-Kundenbrief
Nr. 11, November 1971**

Sonderzüge nach Griechenland

Achtung! Die planmäßigen Züge nach Griechenland können nur mit Platzkarten benutzt werden.
Sonderzugfahrkarten bitte frühzeitig lösen.

Abfahrtstage								
Freitag	10. Dez	•						
Samstag	11. Dez				•			
Freitag	17. Dez	•	•			•	•	
Samstag	18. Dez			•				
Mittwoch	22. Dez	•				•	•	
Donnerstag	23. Dez		•					•

Zug Nr	20255	20651	20251	20259	20659	20259	20257	20557
Dortmund Hbf	ab				12.01		18.20	
Bochum	▼				12.18		18.35	
Essen Hbf					12.35		18.51	
Duisburg Hbf					13.04		19.14	
Düsseldorf Hbf					13.28		19.37	
Nürnberg							19.54	
Köln					14.05		20.32	
Bonn-Beuel							21.01	
Bonn					14.31			
Koblenz					15.16		21.53	
Mainz					16.18		23.05	
Aschaffenburg					17.20			
Wiesbaden Hbf		10.35	10.35					
Frankf.-Höchst		11.19	11.19					
Frankfurt (M) Hbf		11.55	11.55					
Darmstadt Hbf		12.18	12.18					
Heidelberg Hbf	8.22	13.12						
Bruchsal	8.46	13.34						
Bietigheim	9.33	14.17						
Stuttgart Hbf	10.23	15.03						
Göppingen	10.58	15.37						
Ulm Hbf	11.43	16.19						
Augsburg Hbf	12.44	17.16	19.16					
München Hbf		18.18	18.18					
Rosenheim	14.10	19.03	19.03					
Wilhelmshaven							17.48	
Oldenburg							18.42	
Bremen Hbf							19.27	
Bielefeld					12.36			
Herford					12.50			
Löhne					13.03			
Minden					13.24			
Hannover Hbf					14.22		21.00	
Göttingen					15.36		22.16	
Bebra					16.34		23.14	
Fulda					17.15		23.54	
Jossa					18.09			
Gemünden					18.44			
Würzburg Hbf					19.17		1.16	
Fürth						20.12		
Nürnberg Hbf					20.33	20.33	2.24	
Gevgelija MEZ	an	20.19	22.41	22.41	2.41	2.41	13.10	13.10
Idomeni OEZ	▼	22.10	0.30	0.30	5.55	5.55	15.05	15.05
Thessaloniki		1.20	2.35	2.35	10.20	10.20	17.25	17.25
Larissa			6.15	6.15			20.50	20.50
Athens			13.40	13.40			4.30	4.30

Sonderzüge nach der Türkei

Achtung! Die planmäßigen Züge nach der Türkei können nur mit Platzkarten benutzt werden.
Sonderzugfahrkarten bitte frühzeitig lösen.

Abfahrtstage					
Donnerstag	11. Nov				•
Donnerstag	18. Nov				•
Donnerstag	25. Nov				•
Samstag	18. Dez	•		•	
Donnerstag	23. Dez	•	•		
Freitag	24. Dez	•		•	

Zug Nr	20271	20279	20277	413
Liegewagen	+	+	+	+
Dortmund Hbf	ab		15.00	
Witten	▼		15.17	
Hagen			15.36	
Wl-Oberbarmen			15.57	
Wl-Elberfeld			16.07	
Wl-Vohwinkel			16.17	
Solingen-Ohligs			16.34	
Köln Hbf			17.12	
Bonn			17.36	
Koblenz			18.23	
Frankfurt (M) Hbf			20.15	15.30
Offenbach (M) Hbf			20.27	
Hanau Hbf			20.39	
Aschaffenburg			20.58	
Mannheim Hbf	14.12			16.34
Heidelberg Hbf	14.30			
Bruchsal	14.54			17.10
Bretten	15.16			
Möhlacker	15.35			
Bietigheim	15.56			
Stuttgart Hbf	16.38			18.29
Göppingen	17.13			
Ulm	17.55			19.46
Augsburg Hbf	18.50			20.44
München Hbf	19.55			21.40
Rosenheim	20.38			
Hannover Hbf		15.01		
Göttingen		16.26		
Bebra		17.22		
Fulda		18.03		
Würzburg Hbf		19.40	22.12	
Nürnberg Hbf		21.27		
Crveni Krst	an	18.16	22.20	
Dimitrovgrad	▼			
MEZ / OEZ		20.03	0.06	1.06
Dragoman OEZ		22.49		2.56
Sofia		23.43	3.21	4.16
Svilengrad		6.08	9.42	12.18
Kapikule		7.17	10.47	13.27
Edirne		9.01	12.41	15.06
Istanbul-Sirkeci		18.25	22.25	0.50

+ am 23. Dezember ohne Liegewagen

Aktenvermerk zum Vor-
gehen bei Verfehlungen
ausländischer Arbeiter
im Zusammenhang mit
der Entlassung des
Griechen Katzulis,
19. Juni 1961
WWA F 79 Nr. W75

V e r m e r k

Aufgrund des ungebührlichen Benehmens der Griechen in der letzten Woche habe ich heute bei dem Sachbearbeiter des Arbeitsamtes für Beschäftigung von Ausländern, Herrn Galow, telefonisch angefragt, was in derartigen Fällen am zweckmäßigsten zu machen sei. Herr Galow, der in etwa die Verhältnisse auf Gneisenau kennt, ist auch der Meinung, daß, wenn die griechischen Arbeiter trotz wiederholter Mahnungen keine Ruhe geben, scharf durchgegriffen werden muß. Sollten wir uns entschließen, die Anführer fristlos zu entlassen, sehe er persönlich keine Schwierigkeiten, die daraus entstehen könnten. Er stimmt mit uns überein, daß derartige Elemente für den Betrieb nicht tragbar sind und entfernt werden müssen, bevor alle anderen dieser nachteiligen Beeinflussung unterliegen. Im Falle der Entlassung wird die Arbeitserlaubnis annulliert, so daß der Betreffende keine Möglichkeit mehr hat, eine andere Arbeit zu bekommen, wodurch er zwangsläufig gezwungen wird, die Heimreise anzutreten.

Wiederholt sind 3 Männer besonders aufgefallen, die immer wieder das Essen beanstanden und die anderen Mitbewohner aufwiegeln. Den Leuten ist sowohl von Herrn Krieg als auch von mir mehrmals gesagt worden, daß sie sich bemühen möchten, Ordnung zu halten und zufrieden zu sein, da wir uns andernfalls gezwungen sehen, sie als für den Betrieb untragbar zur Entlassung zu bringen.

Heute nachmittag kam der Dolmetscher mit dem griechischen Arbeiter Tsikos Margaritis, M.Nr. 2409. Der Mann ist heute von Katzulis, einem der Radesfahrer, tätlich angegriffen worden, wobei ihm das Hemd zerrissen wurde. Der Angegriffene macht einen guten Eindruck und wird auch von dem Dolmetscher gut beurteilt. Aufgrund dieser Vorkommnisse schlage ich vor, Katzulis sofort zu entlassen.

Gn., den 19.6.1961

Katzulis

g.R. 20.6.73v

1 1/2

hr

Vermerk über eine Sprechstunde im Gastarbeiter-Wohnheim Hangeney am 6. Mai 1971

WWA F 79 Nr. 998 (rot)

Teilnehmer: Betriebsdirektor Robok
Ausbildungsleiter Lang
Werksschutzleiter Spickenbohm
Abteilungsvorsteher Schumacher
ca. 40 Gastarbeiter

Herr Direktor Robok erklärt, daß das heutige Gespräch, wie schon die beiden vorausgegangenen, dazu dienen soll, offene Fragen sowohl von der einen wie von der anderen Seite zu klären, Einwände und Beanstandungen entgegenzunehmen, jedoch auch Beanstandungen der Verwaltung mitzuteilen. Die Hauptthemen des heutigen Tages sind:

- 1) Weiterbeschäftigung nach Ablauf des einjährigen Dienstvertrages,
- 2) Umzug von Hangeney nach Lünen-Gahmen bzw. Lünen-Horstmar,
- 3) Urlaubsregelung.

Zu 1:

Ein Sprecher der Gastarbeiter erklärt im Namen seiner auf Victoria beschäftigten Kollegen, daß sie alle bleiben würden, falls sie nicht von Hangeney nach Gahmen umziehen müßten. Mit der Verlegung seien sie nicht einverstanden, da es ihnen nicht zugemutet werden könne, mit 6 Leuten auf einem Zimmer zu wohnen und zu schlafen. Außerdem möchten sie in ihrer Freizeit etwas frische Luft haben und nicht auf dem Zechengelände wohnen. Bei einer Ablehnung ihres Wunsches würden alle das Dienstverhältnis nach Ablauf des Vertrages lösen. Herr Direktor Robok hält dem entgegen, daß das Heim Victoria 3/4 gut eingerichtet sei und absolut allen Bedürfnissen entspreche mit der einen Einschränkung, da z.Z. gar keine andere Möglichkeit bestehe, als die Zimmer mit 6 Personen zu belegen. Es wird jedoch angestrebt, kurzfristig durch Vermittlung von Wohnungen die Bettenzahl pro Zimmer

auf 4 herabzusetzen. Im übrigen wird allen Leuten die Gelegenheit gegeben, das Haus vor grundsätzlicher Ablehnung voraussichtlich in der Woche vom 17.–22. Mai zu besichtigen. Um genau festzustellen, wie viele Leute nach Beendigung des Dienstvertrages weiter beschäftigt werden wollen, wird in der nächsten Woche auf allen Anlagen durch einen Dolmetscher eine Befragung vorgenommen, die bis zum 13.5. abgeschlossen sein soll. Ferner soll eine betriebliche Beurteilung der Leute durch die Betriebsführer erfolgen.

Zu 2:

Die Einstellung zu dem Umzug wurde schon unter Punkt 1 erläutert. Die Leute konnten zwar nicht überzeugt werden, erklärten sich aber bereit, zunächst eine Besichtigung durchzuführen und sich danach endgültig zu entscheiden.

Im Hinblick auf die kurzfristige Zuweisung von weiteren 100 türkischen Arbeitern soll die Angelegenheit Umzug noch einmal kurzfristig in der Verwaltung mit den Betriebsräten besprochen werden.

Zu 3:

Die bei uns praktizierte Regelung des Urlaubs, erklärt Herr Direktor Robok den Anwesenden, sei eine korrekte und ordentliche Regelung. Sie sei auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft worden und zumutbar. Herr Direktor Robok weist nochmals darauf hin, daß die Leute nach Ablauf des einjährigen Dienstvertrages Urlaub in der von ihnen gewünschten Höhe erhalten können, d. h. 10 Tage für 1970, 20 Tage für 1971 und 11 Tage unbezahlten Urlaub = insgesamt 41 Arbeitstage. Gegen diese Regelung wurden von den Leuten keine Einwände erhoben. Herr Direktor Robok macht, da in dieser Angelegenheit keine Wortmeldungen mehr vorlagen, auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die bei den Beurlaubungen mit den Fluggesellschaften auftreten. Er weist darauf hin, daß für eine Fahrt in jedem Fall eine Meldefrist von 4 Wochen eingehalten werden muß. Auf die Frage, wann die Abgeltung der Deputatkohlen¹² für die Bezugsberechtigten durchgeführt wird, erklärt Herr Direktor Robok, daß sie nach Ablauf des Dienstvertrages erfolgt.

12 Kohlenmenge, die den Bergarbeitern als Teil ihrer Entlohnung zusteht.

Kontaktgespräch mit Gastarbeitern im Wohnheim Gahmen am Mittwoch, 13. Oktober 1971

WWA F 79 Nr. W62

An dem Gespräch, das von dem Unterzeichneten in Anwesenheit der Herren Schreiter (Heimleiter) und Eckey (Lohnbüro Victoria) geführt wurde, haben etwa 40 Gastarbeiter teilgenommen. Im einzelnen wurden von den Gastarbeitern außer den nachfolgenden kleineren Anliegen keine Beschwerden vorgetragen:

a) Es wurde beanstandet, daß die Zustellung der Privatpost mangelhaft erfolgt. Zugesagt wurde, daß kurzfristig ein Verteilerregal für die Post von 50 Personen angefertigt wird.

b) Die Pfortner machen angeblich vermeidbaren Lärm, durch den die Arbeiter in ihrem Schlaf gestört würden. Die Angelegenheit wird von Herrn Schreiter geprüft und geregelt.

c) Es wurde beanstandet, daß das Fernsehgerät, das in einem verschließbaren Schrank steht, nur zu bestimmten Zeiten benutzt werden kann, da der Schrank vom Pfortner nach Belieben verschlossen gehalten wird. Es wurde angeordnet, daß der Schrank frühestens um 22.00 Uhr nach Beendigung des Programms verschlossen wird. Bei Beendigung des Programms zu einem späteren Zeitpunkt muß das Gerät auf Zimmerlautstärke gestellt werden.

d) Die Reinigung des Hauses wurde bemängelt. Festgestellt wurde, daß im großen und ganzen gegen die Reinigung durch die Firma nichts einzuwenden ist, da auch ein Teil Schuld bei der Belegschaft liegt.

e) Es wurde der Wunsch vorgetragen, daß bei Besuchern etwas großzügiger verfahren werden soll. Die Anwesenden wurden dahingehend belehrt, daß das Gastarbeiterwohnheim kein Hotel ist und die Wünsche jedes einzelnen nicht erfüllt werden können. Es wurde überlegt, ob für Angehörige aus der Heimat oder aus weiter entfernten Gebieten ein Besucherzimmer mit 2 Betten eingerichtet werden kann.

f) Der Dolmetscher beschwert sich, daß er von allen möglichen Betriebsleuten dazu angehalten wird, öfter und länger untertage zu bleiben. Die Angelegenheit wird von dem Unterzeichneten mit dem Ausbildungsleiter geregelt.

g) Einige Lohnfragen, die vorgetragen wurden, werden von Herrn Eckey geklärt.

h) Den Anwesenden wurde empfohlen, bei betrieblichen Fragen oder Unstimmigkeiten mit dem Dolmetscher dem Betriebsführer die Beanstandungen vorzutragen oder ggf. den Betriebsrat einzuschalten.

i) Es wurde die Frage gestellt, ob die Zeitschrift „RAG“¹³ nicht auch in türkischer Sprache gedruckt werden kann. Der Unterzeichnete nimmt dieserhalb mit Abt. B 2 Rücksprache.

Zwangsmigration im Ruhrbergbau im 20. Jahrhundert. Das Lager auf der Zeche Gneisenau

Sekundarstufe II (Qualifikationsphase)

Inhalt	Die Zeit des Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Herrschaftsstrukturen, Nachwirkungen und Deutungen
Schwerpunkt	Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland und Europa

Methodisch-didaktische Anregungen

Notwendige unterrichtliche Voraussetzungen

Problematisch und im Unterricht daher vorab zu klären sind die in den Akten verwendeten Begrifflichkeiten (z. B. Fremdarbeiter, ausländische Zivilarbeiter, Ostarbeiter, Kriegsgefangene) bei der Benennung der „Zwangsarbeiter“, die eine Trennschärfe leider vermissen lassen, jedoch bei den SchülerInnen zu Missverständnissen führen werden.¹ Einen Überblick gibt die Internetseite <http://www.zwangsarbeit-archiv.de>, die gleichzeitig auch als erste Hinführung zum Thema genutzt werden kann.² Zudem ist den Schülerinnen und Schülern häufig nicht präsent, dass Zwangsarbeiter nicht nur aus Russland und Polen eingesetzt wurden, sondern auch Menschen aus andern Ländern, etwa Italien, Frankreich und Kroatien, als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.

Die Schülerinnen und Schüler können:

- die ideologisch sowie wirtschaftlich motivierten Beweggründe, die in der NS-Zeit zur Zwangsmigration geführt haben, in ihrem historischen Kontext erläutern.

Kurzzvorstellung der Quellen

Das hier für die Zwangsarbeit auf der Zeche Gneisenau ausgewählte Quellenmaterial ist vielfältig und gibt unterschiedliche Einblicke in die Entstehung des Lagers für die Zwangsarbeiter, das Lagerleben und teils in dessen Leitung. Dabei ergibt sich eine Spannbreite von gleichsam mechanisch von der Werksleitung turnusmäßig verfassten nahezu identischen Berichten an das Bergamt über Fördermengen und das Arbeitsleben auf der Zeche insgesamt, bis hin zu einzelnen Begebenheiten innerhalb des Lagers. Diese weisen entweder direkte Bezüge zum NS-System

auf oder zeichnen die Alltäglichkeiten des Lagerlebens nach. Einen weiteren großen Teil umfassen jene Quellen, die sich mit der Errichtung und Unterhaltung des Lagers beschäftigen und an denen der Aufwand, die Organisation und die Kosten der Errichtung bzw. des Ausbaus des Lagers sehr gut nachvollziehbar werden.

Auf der anderen Seite bietet die Unterbringung der italienischen Zivilarbeiter, die bis 1943 auf mehr oder weniger freiwilliger Basis angeworben wurden, die Möglichkeit eines Vergleichs der Wohnverhältnisse.

1 Über die Problematik der Bezeichnungen vgl. Ute Vergin: Die nationalsozialistische Arbeitseinsatzverwaltung und ihre Funktionen beim Fremdarbeiter(innen)einsatz während des Zweiten Weltkriegs, Diss. Universität Osnabrück, Osnabrück 2008, https://repositorium.ub.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-2008121719/2/E-Diss849_thesis.pdf, S. 12ff., 13.5.2016.

2 Wesentliche Begriffe, die mit dem Thema zusammenhängen, werden erklärt unter <http://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/zwangsarbeit/zwangsarbeit-begriffe/index.html>, 23.5.2016.

Die Art der (Zwangs-)Arbeit steht nicht im Fokus, denn bei allen auf der Zeche Gneisenau lebenden Arbeitern handelt es sich um Personen, die dort über oder unter Tage eingesetzt wurden und die Schichten mitführen, die jeweils anstanden. Auch die Verpflegung kann nicht in den Mittelpunkt gerückt werden, da diese nicht dokumentiert ist und so auch keine Rückschlüsse darüber möglich sind, ob sie als Druckmittel eingesetzt wurde. Eine Ausnahme bildet hier der Hinweis auf einen differenzierten Umgang der Lagerleitung mit den russischen Gefangenen, die je nach Zuverlässigkeit mit Zigaretten versorgt wurden.

Insgesamt lassen sich zwei Themenkreise als Arbeits- und Untersuchungsbereiche festlegen. Zum einen die Errichtung des Lagers, hier können die staatlichen Vorgaben ebenso erarbeitet werden, wie auch deren Umsetzung in einen Vergleich gebracht werden. Lage der Baracken, Investitionskosten, Lieferschwierigkeiten und Streit mit den angrenzenden Nachbarn über die Errichtung des Lagers sind Teil dieses Untersuchungsbereichs. Zum anderen lässt sich Lagerleben nachvollziehen, indem ausgewählte Situationen und Fälle beleuchtet werden, in denen Kranke, Verlauste, Fluchtbereite oder auch Randalierende im Zentrum der Analyse stehen und so ein vielfältiges, wenngleich unvollständiges Bild des Lagerlebens gezeichnet werden kann.

**Grundriss und Lageplan der Zwangsarbeiterbaracke auf Zeche Gneisenau,
7. August 1939
WWA F 79 Nr. 164**





Unterkunft für italienische Zivilarbeiter auf der Zeche Gneisenau, ca. 15. April 1941
WWA F 79 Nr. 157

Schnellbrief des Beauftragten für den Vierjahresplan Reichsmarschall Hermann Göring³ an den Stellvertreter des Führers Rudolf Heß⁴, 4. September 1940
WWA F 79 Nr. 157

Im Ruhrbergbau werden zurzeit im größeren Umfang ausländische Arbeitskräfte, die bisher in Belgien und Nordfrankreich tätig waren, eingesetzt. Zumal da im Ruhrbergbau schon seit langem fremde Arbeitskräfte beschäftigt werden, können hierdurch gewisse politische und völkische Gefahren entstehen, die eine grundsätzliche Entscheidung über den Einsatz ausländischer Bergarbeiter im Ruhrbergbau nahelegen. Leider ist es mir in den nächsten Wochen nicht möglich, eine ausführliche Erörterung der einschlägigen Fragen durchzuführen. Nach Lage der Verhältnisse kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß wir angesichts der zwingenden Notwendigkeit, die Kohlenförderung zu steigern, bis auf weiteres auf den Einsatz aus-

ländischer Arbeitskräfte angewiesen sind. Die produktionspolitischen Gesichtspunkte stehen gegenwärtig also durchaus im Vordergrund, es muß daher alles vermieden werden, was die Erfüllung der für die Kriegsführung lebenswichtigen Aufgabe der Erhöhung der Förderung irgendwie beeinträchtigen oder gefährden könnte.

Um aber auch unter den bestehenden Verhältnissen die sich aus dem Arbeitsinsatz der ausländischen Bergarbeiter im Ruhrbergbau ergebenden volkspolitischen Gefahren möglichst hintanzuhalten und zu beschränken, habe ich bis auf weiteres folgendes angeordnet:

1.) Die ausländischen Arbeitskräfte, die durch Maßnahmen der Arbeitsverwaltung aus Belgien und Nordfrankreich in den Ruhrbergbau vermittelt werden, sind *geschlossen in Lagern* unterzubringen, die von der DAF⁵ betreut werden. Während der Lagerunterbringung findet eine von der DAF, im Einvernehmen mit dem Reichskohlenkommissar, aufgestellte *Lagerordnung* auf sie Anwendung.

3 Hermann Göring (1893–1946), ab 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, um die deutsche Wirtschaft „kriegsfähig“ zu machen.

4 Rudolf Heß (1894–1987), im Mai 1941 Flug nach England, um Friedensaussichten zu sondieren, und von Hitler anschließend für geistesgestört erklärt.

5 Die am 10. Mai 1933 gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF) umfasste als NS-Massenorganisation „aller schaffenden Deutschen“ sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

2.) Es muß sichergestellt werden, daß ein Geschlechtsverkehr dieser ausländischen Arbeitskräfte mit deutschen Volksgenossen nicht stattfindet; sie unterliegen außerdem der verschärften polizeilichen Meldepflicht.

3.) Von weiteren Maßnahmen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften ist abzusehen. Ich bitte Sie, sehr geehrter Parteigenosse Heß, dafür zu sorgen, daß diese Anordnung von allen Parteidienststellen beachtet werden. Die Gauleiter Dr. Meyer⁶ und Josef Wagner⁷, den Reichswirtschaftsminister, den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, den Reichsarbeitsminister, den Reichskohlenkommissar und den Leiter der DAF habe ich durch Übersendung einer Abschrift dieses Schreibens unterrichtet.

Ergänzende Quellen für einen Archivbesuch

- Ausstattung von Baracken auf der Zeche Gneisenau (Glaser- und Malerarbeiten inkl. Kostenvoranschlägen), ab 1939; WWA F 79 Nr. 157
- Lage der geplanten Baracken auf der Zeche Gneisenau (inkl. Skizzen), 7. August 1939; WWA F 79 Nr. 157
- Grundkosten für die Errichtung der Baracken auf der Zeche Gneisenau, 27. November 1939; WWA F 79 Nr. 157
- Lageberichte an das Bergamt: Vermerk über Rückführung abgekehrter Kriegsgefangene durch die Gestapo, 2. November 1940; Liste der Abgänge (v. a. Hinweise auf russische Arbeiter); WWA F 79 Nr. 122 (rot)
- Anliegen des behandelnden Krankenhauses zur Desinfektion und Entlausung verletzter Arbeiter der Zeche Gneisenau vor der Einlieferung, 7. April 1941; WWA F 79 Nr. 157
- Rundschreiben zur Krankenhausbehandlung betriebsverletzter ausländischer Bergarbeiter, 21. April 1941; WWA F 79 Nr. 157
- Wanzen im Lager auf der Zeche Geisenau, 4. Juni 1941; WWA F 79 Nr. 157
- Handschriftliche Eingabe des Bauern Altemeier bzgl. Entschädigungsforderungen wegen des Lagerausbaus auf Gneisenau, inkl. Antwortschreiben der Zeche, 17. März bzw. 17. Juni 1941; WWA F 79 Nr. 157
- Bericht über die Entweichung von Lagerbewohnern auf der Zeche Gneisenau, 19. September 1941; WWA F 79 Nr. 157

6 Alfred Meyer (1891–1945), Gauleiter von Westfalen-Nord und ab 1938 Oberpräsident von Westfalen.

7 Josef Wagner (1899–1945), Gauleiter von Schlesien.

Liste der ausländischen Arbeiter auf der Zeche
Gneisenau, nach Herkunft geordnet, für das
Jahr 1942

WWA F 79 Nr. 1279 (rot)

Gneisenau					A u s l ä n d e r												
1942	Belg.	Holl.	It.	Ukr.	Ju- go- sl.	Li- tau- er	Pol.	Slo- wak.	Kro- aten	Schweiz	Fr. reich	Ung.	Staa- ten lose	Ru- ssen	Prot.	Span.	Krgf. Russen
1. Jan.	35	5	29	152	8	-	40	-	91	1	1	6	5	-	2	-	-
1. Febr.	35	5	29	152	8	3	37	3	92	1	1	6	5	-	3	-	-
1. März	34	5	29	140	8	3	37	3	89	1	1	6	5	-	2	-	-
1. April	33	5	26	149	8	3	39	3	91	1	1	6	5	-	3	-	-
1. Mai	26	2	28	130	9	3	40	3	90	1	1	4	4	-	2	-	-
1. Juni	33	4	25	128	5	-	30	-	82	-	1	-	3	125	1	-	-
1. Juli	31	5	18	120	4	-	26	-	73	-	1	1	1	175	1	-	-
1. Aug.	27	7	6	118	1	-	26	-	65	-	1	1	1	160	1	-	75
1. Sept.	27	10	7	118	1	-	25	-	59	-	1	1	1	160	1	-	169
1. Okt.	27	9	6	114	2	-	24	-	56	-	1	1	2	128	1	5	132
1. Nov.	27	9	6	113	2	-	25	-	58	-	1	-	3	122	1	7	128
1. Dez.	29	7	5	135	2	-	129	-	19	-	1	-	3	138	1	7	120
31. Dez.	30	10	4	137	1	-	146	-	16	-	1	-	3	142	1	7	302

Exkurs: Vorschläge für Facharbeits- und Projektthemen

Die Unterbringung von Migranten im Vergleich. Wohnanstalten, Lager, Zechenhäuser

Sekundarstufe II (Qualifikationsphase)

Inhalt	Migration im Ruhrbergbau im 19. und 20. Jahrhundert
Schwerpunkt	Wohn- und Lebensrealität im Ruhrbergbau im 19. und 20. Jahrhundert

Facharbeits- oder Projektthemen

Die Unterbringung der Migranten auf dem Werksgelände, bzw. in eigens dafür errichteten Kolonien bietet eine Möglichkeit sich der Migration vergleichend im Rahmen eines Längsschnittverfahrens oder aber exemplarisch im Rahmen einer Facharbeit zu nähern.

Sowohl für die Ruhrpolen, als auch für die Zwangsmigration und die Gastarbeiter finden sich in den Akten der Zeche Gneisenau ausführliche Darlegungen zur Art und Ausstattung der Unterkünfte für die jeweiligen Gruppen von Arbeitern, sowie zum Lagerleben.

Quellenauswahl

Für den Zeitraum des späten 19. Jahrhunderts

- Auszüge aus der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate 37, 1889, Teil B, S. 259f., Berlin 1889⁸; WWA-Bibliothek P 154

Für den Zeitraum der NS-Zeit

- Verfahren zur Anforderung von Baracken; WWA F 79 Nr. 157
- Grundkosten für die Barackenerrichtung, 27. November 1939; WWA F 79 Nr. 157
- Foto einer Unterkunft für italienische Zivilarbeiter der Zeche Gneisenau, ca. 15. April 1941; WWA F 79 Nr. 164
- Lageplan der Baracken auf dem Gelände der Zeche Gneisenau, 7. August 1939

Für den Zeitraum von 1964 bis zum Anwerbestopp 1973

- Wohnheimordnung für Gastarbeiter (auch mehrsprachig); WWA F 79 Nr. 998 (rot)
- Richtlinien zur Unterbringung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, 30. Juni 1964, WWA F 79 Nr. 998 (rot)
- Handschriftliche Liste von in Ledigenheimen wohnhaften Ausländer, 12. August 1964; WWA F 79 Nr. 998 (rot)
- Bekanntmachung der Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, 29. März 1971 / Bundesanzeiger Nr. 63, 1. April 1971; WWA F 79 Nr. 998 (rot)
- Auseinandersetzungen während der Arbeit (Entlassung griechischer Arbeiter aufgrund von Fehlverhalten), 16. Juni 1961; WWA F 79 Nr. W75
- Bewohnerliste des Ledigenheims der Zeche Gneisenau; WWA F 79 Nr. W75
- Kontaktgespräche im Ledigenheim im Wohnheim für ausländische Gastarbeiter, Gahmen, 13. Oktober 1971; WWA F 79 Nr. W62

8 Knappe Beschreibungen zur Ausstattung und Kapazität der auf der Zeche Gneisenau neu eingerichteten Wohn- und Speiseanstalt für 200 Arbeiter.